

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 2 · 45. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 19.2.2014

Mehr Klarheit

S. 3

... fordern CDU und FDP in einer Aktuellen Stunde von der Landesregierung: Wie steht sie zur auf Bundesebene geplanten Neuausrichtung der Energiewende, wie zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes?

Mehr Kontrolle

S. 6

... will die Landesregierung über die Hochschulen ausüben und begründet das mit Verantwortung und mehr Transparenz auch bei der Finanzierung. CDU und FDP kritisieren das Vorhaben als Bevormundungspolitik.

Mehr Verbrechen

S. 9-13

..., andere Deliktformen, neue Aufgaben: Die Polizei muss sich der Zeit anpassen. Im Schwerpunkt dieser Ausgabe geht es um Herausforderungen, Rahmenbedingungen und die Personalpolitik bei der Polizei.

Mehr Plätze

S. 15

... gibt es in Kitas für Kinder unter drei Jahren. Aber was ist mit den Knirpsen ab drei Jahren aufwärts? Für sie fehlen nun Betreuungsplätze, befürchten manche Eltern. Eine Expertenanhörung.

Eins eins null

Rund um die Polizei in NRW



Sicherheit in Blau

Sicherheit ist ein Urgefühl. Erst wenn man sie verloren hat, bemerkt man, wie wichtig und wenig selbstverständlich sie ist. Die Regeln der Rücksichtnahme, die grundsätzlichen Rechte auf Unversehrtheit und Freiheit stehen im Gesetz. Kommt es zu Verstößen, greift die Justiz. Dafür aber müssen die Taten erst einmal festgestellt, geahndet und aufgeklärt werden – und hier kommt die Polizei ins Spiel. Sie ist auch schon im Vorfeld gefragt, wenn es darum geht, Gesetzesverstöße und Verbrechen zu verhindern, Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwehren, private Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Und mitten in der brenzligen Situation ist sie der erste Ansprechpartner: Sie kommt, um bei Ausschreitungen zu deeskalieren, um wieder Ordnung und Sicherheit herzustellen. Das sind große Aufgaben.

SICHERHEIT UND FREIHEIT

Mit der Polizei schützt der Staat seine Bürgerinnen und Bürger, und für diese elementare Aufgabe braucht es gute Rahmenbedingungen im schwierigen Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit. Dabei definieren nicht selten die Ansprüche an Sicherheit die Grenzen der Freiheit des Einzelnen und umgekehrt.

Ansichten über die Polizei gibt es womöglich so viele wie Menschen, die man danach befragt – vom Freund und Helfer über den Spaßverderber und Schreibtischtäter bis hin zum modernen Spezialisten mit zeitgemäßen

Analysesystemen. Wenn aber eine konkrete Bedrohung herrscht, sind sich so gut wie alle schnell einig: Sie greifen zum Telefon und wählen 110. Das Vertrauen in die Ordnungsmacht ist im entscheidenden Moment unmittelbar greifbar.

Nun haben sich die Zeiten und mit ihr auch die polizeilichen Aufgaben verändert. Wohnungseinbrüche werden immer professioneller und strategischer durchgeführt, finden oft in einem großen Zusammenhang statt. Die Kriminalität im Internet nimmt zu. Die Polizei hat mit anderen Zielgruppen zu tun, mit organisierten Rockerbanden, mit randalierenden Hooligans, die ihre Gewaltbereitschaft im Umfeld von Fußballspielen zur Schau stellen, mit islamistischen Hasspredigern und vielen anderen mehr. Die Aufgabe, eine Gesellschaft – und dabei sich selbst – vor all dem zu schützen, ist gewaltig.

Es ist wie fast überall: Mehr Personal würde nicht schaden. Aber das Land muss sparen, und so gilt es, genau hinzusehen, Aufgaben zu reflektieren, Schwerpunkte zu setzen, die Arbeitsabläufe gut zu organisieren und den Polizistinnen und Polizisten möglichst gute Rahmenbedingungen für ihren Dienst zu geben. Wie das geht, wo im System Stellschrauben zu drehen wären, wie es um die Situation der Kriminalitätsbekämpfung bestellt ist, wie die Polizeipräsidenten rekrutiert werden sollten, ob und wie das Gewaltproblem beim Fußball in den Griff zu bekommen ist – Fragen über Fragen, denen sich der Schwerpunkt dieser Ausgabe auf den Seiten 9 bis 13 widmet.

sow



Schwerpunkt: Polizei

115 Fragen zur Sicherheit	9
Tatort Fußball	10
Was der Chef mitbringen muss	11
Schlag auf Schlag	12-13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum

Strom: NRW und die Energiewende	3
Überwachung: Unter Verdacht	4
Finanzen: So weit die Decke reicht	5
Bildung I: Die Zukunft der Hochschulen	6
Bildung II: Lesen und Schreiben für alle	7
Bildung III: Türöffner in die Berufswelt	8

Aus den Ausschüssen

Kinder: Elternwille und Kindeswohl	15
Meldungen	18

Gesetzgebung	14
---------------------------	-----------

Aus den Fraktionen	16-17
---------------------------------	--------------

Portrait: Christian Möbius (CDU)	19
---	-----------

Impressum	19
------------------------	-----------

Termine	20
----------------------	-----------



„Sowohl Reformtempo als auch Reformrichtung stimmen“, lobte **Thomas Kufen** (CDU) das Eckpunktepapier. Während es bei der NRW-Regierung energiepolitisch chaotisch zugehe, habe Schwarz-Rot einen Kraftakt geschafft – es gehe um stabile Strompreise, eine sichere Versorgung und umweltfreundliche Produktion, so Kufen. Auch betonte er: „Die Energiewende darf nicht ein Fass ohne Boden werden.“ Es sei sinnvoll, die Förderkosten für Ökostrom zu senken. NRW müsse zudem zeigen, dass Energiewende und internationaler Wettbewerb keine Gegensätze seien. Von Regierungschefin Kraft forderte Kufen eine klare Aussage, mit welchen Vorschlägen sie in Berlin verhandeln wolle.

„Wir sind gespannt, wie Sie das auflösen wollen“, meinte auch **Christian Lindner** (FDP) hinsichtlich der unterschiedlichen SPD-Koalitionsverträge auf Landes- und Bundesebene. Er bezeichnete das EEG als größtes Hindernis der Energiewende. Schon im Sommer 2012 habe seine Fraktion im Landtag entsprechende Reformvorschläge gemacht. Die aktuellen Pläne gingen zwar in die richtige Richtung, hätten aber deutliche Mängel, befand Lindner. Unter anderem entstehe durch Milliardensubventionen weiterhin Strom, der nicht verwendet werde. Zudem kritisierte er, dass Gabriel beim Absatz der erneuerbaren Energien erst ab dem Jahr 2017 auf Marktinstrumente setzen wolle.

Der Markt sei blind für energiepolitische Zusammenhänge, entgegnete **Norbert Römer** (SPD). Deshalb sei ein Gesamtkonzept wichtig, mit dem sich alle Akteure am Markt behaupten könnten. Auch bringe es nichts, die Energieträger gegeneinander auszuspielen: „Es kommt auf einen vernünftigen Mix an.“ Das Papier sei ein erster Baustein, um mit den Ländern einen Energie-Masterplan zu entwickeln. „Eckpunkte sind Eckpunkte – die sind nicht in Stein gemeißelt“, zeigte sich Römer offen für Nachbesserungen. Die FDP warnte er allerdings vor Überheblichkeit: In den vergangenen Jahren habe es Schwarz-Gelb in Berlin nicht einmal bis zu einer kabinetsreifen Vorlage gebracht.



Thomas Kufen (CDU, am Redepult) und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) auf der Regierungsbank

NRW und die Energiewende

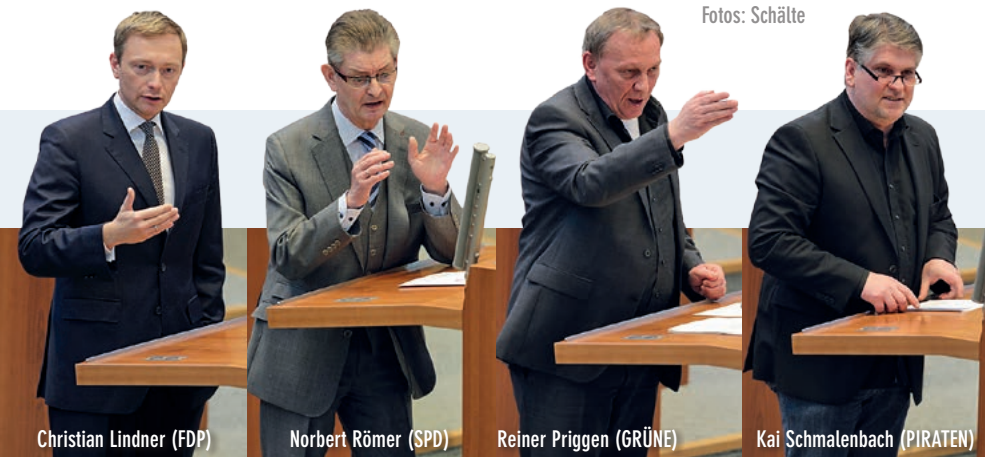
Diskussion im Landtag um Gabriels Eckpunktepapier

29. Januar 2014 – Der NRW-Landtag hat sich mit der auf Bundesebene geplanten Neuausrichtung der Energiewende befasst. Grundlage der Debatte in einer Aktuellen Stunde waren Anträge von CDU und FDP. Die CDU fordert die Landesregierung auf, sich für NRW klar gegenüber der geplanten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu positionieren (Drs. 16/4880). Das Konzept des Bundesenergieministers Sigmar Gabriel sieht unter anderem vor, den Ausbau von Ökostromanlagen stärker zu steuern, die Förderkosten für neue Anlagen zu senken und den Anstieg der Strompreise zu bremsen. Dies unterstützt die FDP in ihrem Antrag (Drs. 16/4822). Das Eckpunktepapier enthalte erste wichtige Impulse, um den Kostenanstieg bei der Förderung der erneuerbaren Energien zu bremsen.

Gabriel habe das Konzept zügig vorgelegt, lobte **Reiner Priggen** (GRÜNE). Die Zeit dränge. Fertig ausgereift sei das Papier jedoch noch nicht. So kritisierte Priggen unter anderem zu kurze Fristen, die bestehende Investitionen und damit den Vertrauensschutz gefährdeten. Er thematisierte zudem das Prinzip des atmenden Deckels, wonach Fördergelder abhängig vom jährlichen Zubau sinken. Bei der Windkraft mache dies wegen Planungszeiten von rund vier Jahren keinen Sinn, bemängelte Priggen. Wer mehr erneuerbare Energien wolle, dürfe keine kontraproduktiven Bedingungen schaffen. Trotzdem: „Nach vier Jahren der Agonie ist das wenigstens ein Schritt nach vorne.“

Nordrhein-Westfalen sei das Industrieland Nummer eins, betonte **Kai Schmalenbach** (PIRATEN). Allerdings stoße es auch am meisten CO₂ aus: „Wenn das der Preis dafür ist, Energieland Nummer eins zu sein, dann ist er zu hoch“, so der Abgeordnete. Eine gemeinsame Energiestrategie sei wichtig, sie müsse aber verstärkt die Zukunft mit Wind- und Sonnenenergie im Auge haben, anstatt Vergangenes zu konservieren. Schmalenbach warnte Kraft deshalb davor, sich zur Lobbyistin der Braunkohle machen zu lassen. Zudem forderte er ein neues Strommarktdesign, das die Kosten gerecht verteile. Energieintensive Unternehmen von der EEG-Umlage zu befreien, sei der falsche Weg.

Fotos: Schälte



Christian Lindner (FDP)

Norbert Römer (SPD)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Kai Schmalenbach (PIRATEN)

„Es ist sinnvoll, das EEG zu reformieren“, so Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** (SPD). Sicher, sauber und bezahlbar: Hier sei ein neues Gleichgewicht notwendig. Kraft sprach sich dafür aus, Nachlässe für energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb beizubehalten. „Wir brauchen diese Freistellungen“, betonte sie. Industriearbeitsplätze müssten erhalten bleiben. Allerdings sei zu prüfen, welche Unternehmen auch tatsächlich international agierten. Zudem gehe es darum, Rechtsschutz für getätigte Investitionen zu geben, den Ausbau der erneuerbaren Energien – in NRW vor allem die Windkraft – voranzutreiben und die Energiewende als Chance zu begreifen.

bra



Unter Verdacht

Werden Landtag und NRW-Unternehmen ausgespäht?

30. Januar 2014 – Laut Piratenfraktion soll es seit dem Fernsehinterview mit Edward Snowden explizite Hinweise darauf geben, dass der amerikanische Geheimdienst NSA sowohl Landtag, Landesregierung und Behörden als auch Wirtschaftsunternehmen im großen Stil ausspäht. In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag nun darüber debattiert, was dies bedeutet und wie nun reagiert werden soll.

Zu Beginn seiner Rede gratulierte Daniel Schwerd (PIRATEN) ironisch all denen, die ein I-Phone oder einen Computer mit Windows-Betriebssystem nutzen: Die NSA könne sich problemlos einklinken. Snowden halte es für wahrscheinlich, dass auch Regionalregierungen abgehört und ihre Daten mitgelesen würden. „Wenn jetzt nicht alle Alarmglocken bei Ihnen klingeln, dann weiß ich auch nicht mehr“, unterstrich er

aber nicht ändern. Der Abgeordnete vermutete vielmehr, dass die Piratenfraktion in Ermangelung einer Vertretung im Bundestag hier die Landtagsbühne nutzen wolle.

Peter Biesenbach (CDU) zeigte sich verwundert darüber, dass die Piratenfraktion die Behauptungen Snowdens als wahr hinstellten, aber nicht einmal nach Belegen fragten. Auch habe

derte einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Bundestag, weil Transparenz notwendig sei, um Konsequenzen zu ziehen. Beispielsweise könnten dann Änderungen im Vergaberecht folgen. Hier in Nordrhein-Westfalen sei eine Konsequenz aus dem Skandal, dass die Landes-Informationstechnologie überprüft werden solle, erklärte er.

Ein Verdienst der Enthüllungen bestehe darin, dass wieder grundsätzlich über Datenschutz und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger nach Privatheit und Vertraulichkeit nachgedacht werde, meinte Dr. Robert Orth (FDP). „Datenschutz fängt beim Datensammeln an“, betonte der Abgeordnete. Diese Erkenntnis gelte es, zur Leitschnur des Handelns zu machen. Vor diesem Hintergrund nutze es wenig, wenn sein Vorredner Aufklärung fordere, der NRW-Innenminister aber eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung fordere. Auch mache es für ihn, Orth, keinen Unterschied, ob das Handy der



Fotos: Schälte

Daniel Schwerd (PIRATEN)

Hans-Willi Körfges (SPD)

Peter Biesenbach (CDU)

Matthi Bolte (GRÜNE)

Dr. Robert Orth (FDP)

Innenminister Ralf Jäger (SPD)

seine Forderung, solche Zustände nicht länger hinzunehmen. Die Landesregierung habe aber nicht im Ansatz verstanden, welche Folgen die Sicherheitslücken hätten: „Wer überwacht wird, ist nicht frei.“ Und ohne Freiheit der Meinungsäußerung gebe es keine Demokratie, erklärte Schwerd.

Die Kritik an der NSA fand Hans-Willi Körfges (SPD) nachvollziehbar. Die Tatsache, dass Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern und dass Wirtschaftsinteressen in NRW nicht ausreichend geschützt seien, sei nicht hinnehmbar. Unklar sei aber, was die PIRATEN wem in diesem Haus eigentlich vorwerfen wollten, meinte Körfges. Bisher gebe es keine überprüfbaren Daten, darin liege ja das Problem. Der Innenminister habe längst in Berlin nachgefragt, aber die Antworten von dort seien mehr als dürftig. Das könne man hier in NRW beklagen,

sie keinen Vorschlag gemacht, was denn nun zu tun sei. Dieses Verhalten verhindere eine ernsthafte Debatte, kritisierte er. Selbst der Leiter des Bundesverfassungsschutzes bestätige, dass es viele Hinweise, aber keine Beweise gebe. Daher erklärte Biesenbach: „Sie vernebeln, Sie verunsichern und Sie machen deutlich, dass auch die PIRATEN ratlos sind.“ Er selbst hielt das auf Bundesebene geplante IT-Sicherheitsgesetz und vertrauenswürdige Hersteller und Dienstleister in Deutschland für wichtig.

Rot-Grün sei keineswegs untätig, aber die Verantwortung des Bundes werde negiert, warf Matthi Bolte (GRÜNE) der antragstellenden Piratenfraktion vor. Gerade vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung habe jede deutsche Regierung die besondere Verantwortung für die unbedingte Verteidigung des Rechtsstaats und die Verteidigung der Freiheitsrechte. Bolte for-

Kanzlerin abgehört worden sei oder das von „Lieschen Müller“ oder „Hans Wurst“. Das habe dieselbe Qualität.

Die Daten, die gespeichert würden, seien nur Strafverfolgungsbehörden zugänglich, stellte Innenminister Ralf Jäger (SPD) klar. Was die Ausspähung durch die NSA betreffe, so habe die Bundesregierung glaubhaft dargelegt, dass auch ihr keine Erkenntnisse vorlägen, ebenso wenig wie der Landesregierung. Klar sei, dass die Aufklärung politisch geschehen müsse. Von der technischen Seite her versuche man, ein Höchstmaß an Sicherheit in der IT-Struktur der Landesverwaltung zu gewährleisten – auf Basis der aktuellen Erkenntnisse. Ob die Maßnahmen ausreichen, könne die Regierung nicht mit Sicherheit feststellen, gab er zu. IT NRW melde etwa fünf Millionen Angriffe auf die IT-Struktur. Pro Monat.

sow



So weit die Decke reicht

Debatte um öffentliche Haushalte und mögliche Steuererhöhungen

31. Januar 2014 – Wie muss die Finanzdecke aussehen, unter der weder der Bund noch die Länder und Kommunen frieren? Darüber hat der Landtag in einer Aktuellen Stunde gestritten. In dem der Debatte zugrundeliegenden Antrag kritisiert die FDP-Fraktion den angeblichen Ruf von Finanzminister Norbert Walter-Borjans nach höheren Steuern – besser solle er strukturell sparen, fordert die Fraktion (Drs. 16/4882). Wenige Tage zuvor hatte sich der Minister in einem Interview zur Finanzierung der öffentlichen Hand geäußert.

„Die Finanzdecke ist nicht zu klein, vielmehr sind die Wahlgeschenke der Großen Koalition zu groß“, befand Christian Lindner (FDP). Mit der ehrlichen Feststellung, dass Schwarz-Rot das Geld ausgehe, sei der NRW-Finanzminister der Union in Berlin einen Schritt voraus. Allerdings tue Walter-Borjans dies nicht ohne Eigennutz: „Ohne Steuererhöhungen im Bund bekommen Sie den Haushalt nicht in den Griff, weil Sie nämlich schon im Jahre 2010 mit der Verteilung von Wahlgeschenken begonnen haben“, meinte Lindner. Zudem kritisierte er mangelnde Transparenz im Landeshaushalt: Es sei nicht erkennbar, woher die prognostizierten Mehreinnahmen von 300 Millionen Euro kommen sollten.

„Wie groß ist eigentlich die Angst der FDP, in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden?“, fragte Stefan Zimkeit (SPD) und forderte, sich an den Fakten zu orientieren. Noch im Jahr 2010 habe der Nachhaltigkeitsbericht der damaligen schwarz-gelben NRW-Regierung für das Jahr 2020 rund 7,4 Milliarden Euro an Defizit vorhergesagt – aktuell liege die Prognose bei 800 Millionen Euro. Auch die gesunkene Nettoneuverschuldung für das laufende Jahr zeige: „Das ist der Weg zur Schuldenbremse“, so der SPD-Sprecher. Während die FDP Gebühren von Familien und Studierenden verlangen wolle, setze Rot-Grün bei Bedarf auf Mehreinnahmen von Besserverdienenden.

Der Landesregierung fehlten Mut und Fleiß, um den Haushalt strukturell zu konsolidieren, entgegnete Dr. Markus Optendrenk (CDU): „Der Staat hat in den letzten Jahren mehr Geld eingenommen denn je.“ Sich nun von den Bürgern das bezahlen zu lassen, was man selbst nicht wolle oder könne, sei ungerecht. Zudem habe Rot-Grün durch die Blockade im Bundesrat hinsichtlich des Versuchs, die kalte Progression abzumildern, bereits eine verdeckte

Steuererhöhung erreicht. Optendrenk bezeichnete es als historisches Missverständnis, dass das Geld beim Staat besser aufgehoben wäre als in den privaten Taschen. „Sie vergessen, dass sie nicht über Ihr eigenes Geld reden!“

„So billig kommen Sie uns auch nicht davon“, richtete sich Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) an die antragstellende FDP. Diese werfe dem Finanzminister eine unsolide Haushaltspolitik vor, stelle aber selbst Milliarden-Forderungen ohne konkreten Finanzierungsvorschlag. Es gehe der Fraktion offenbar nicht darum, geradlinige Haushaltspolitik zu machen, sondern ihre Klientel zu bedienen, kritisierte Mostofizadeh. Darüber hinaus weise die FDP auf die schlechte Finanzlage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen hin, ohne jedoch Lösungswege aufzuzeigen, so die Kritik des Abgeordneten: „Sie malen sich die Welt dort schlecht, wo Sie keine Verantwortung tragen.“

In Bund und Land bestünden ohne Frage erhebliche Probleme, die öffentlichen Aufgaben

zu finanzieren, unterstrich Dietmar Schulz (PIRATEN). Allerdings plädierte er dafür, zunächst die vorhandenen steuerlichen Einnahmelmöglichkeiten voll und sozial gerecht auszuschöpfen sowie Steuerschlupflöcher zu schließen, anstatt gleich höhere Steuern zu fordern. Zudem stellte Schulz den vom Finanzminister in einem Interview angesprochenen Kommunalsoli für ganz Deutschland – wie er für NRW bereits verabschiedet ist – infrage: „Das ist ein starkes Stück“, meinte der PIRATEN-Abgeordnete. Damit rufe der Minister quasi zu einem kommunalen Flächenbrand auf.

Der fraktionslose Abgeordnete Robert Stein warf dem Finanzminister angesichts des wiederkehrenden Rufs nach höheren Steuern Gier vor. Zudem kritisierte er die globalen Mehreinnahmen im Haushalt als intransparent.

Die globalen Mehreinnahmen machten weniger als 0,5 Prozent des Haushalts aus, verteidigte Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) den aus seiner Sicht notwendigen Puffer. Im besagten Interview sei es vor allem um den Berliner Koalitionsvertrag gegangen. Am Ende stelle sich doch die Frage, was man angesichts der Schuldenbremse bei gegebener Finanzlage vom Staat erwarten dürfe, erläuterte Walter-Borjans. Ebenso müsse man in der Diskussion um die Zukunft des Länderfinanzausgleichs auch über eine gerechte Verteilung der Gelder zwischen den Kommunen sprechen. Abschließend betonte er, Nordrhein-Westfalen sei insgesamt auf einem guten Weg der Konsolidierung. *bra*



Foto: Schälte



Die Zukunft der Hochschulen

Opposition kritisiert Reformpläne der Landesregierung

30. Januar 2014 – Schon bevor er ins Parlament eingebracht ist, sorgt er seit Monaten für hitzige Debatten: der Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes. Auf Antrag der Oppositionsfraktionen hat der Landtag das Thema nun erneut im Plenum diskutiert (Drs. 16/2281, 16/4584, 16/4825). Während SPD und GRÜNE davon sprechen, die Wissenschaftslandschaft zukunfts-fähig machen zu wollen, werfen insbesondere CDU und FDP der Landesregierung vor, die Hochschulen zu entmündigen. Den PIRATEN greift der Gesetzentwurf zu kurz.



Armin Laschet (CDU)

Karl Schultheis (SPD)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

„Sie gehen 20 Jahre rückwärts mit dem, was Sie jetzt planen“, kritisierte Fraktionschef **Armin Laschet** (CDU). Der Entwurf stehe für Entmündigung und Zentralismus. Damit bringe Rot-Grün die gesamte Hochschullandschaft gegen sich auf. Behauptungen, der aktuelle Rechtsrahmen reiche nicht aus, damit die Hochschulen Herausforderungen wie den doppelten Abiturjahrgang meistern könnten, wies er zurück. Dies sei eine „plumpe Unverschämtheit“. Laschet forderte die Regierung auf, endlich den im Hochschulfreiheitsgesetz festgeschriebenen Evaluierungsbericht vorzulegen – darauf warte er seit Ende des Jahres 2012. Erst dann könne ein neuer Gesetzentwurf überhaupt sinnvoll sein.

Von einem von Laschet angesprochenen Krieg gegen die Hochschulen könne keine Rede sein, entgegnete **Karl Schultheis** (SPD). Es sei Unfug zu behaupten, dass nun alles reguliert werde. Nach wie vor bleibe das Hochschulgesetz das freieständige in Deutschland. Im Übrigen enthielten jegliche Gesetze Hinweise, die ausgegebenen Haushaltsmittel transparent zu machen: „Da können wir den Hochschulbereich doch nicht ausschließen“, betonte Schultheis hinsichtlich der Kritik an der angestrebten Transparenzpflicht. Zudem gab er zu bedenken: „Hochschulen sind nicht nur die Rektoren.“ Es gehe auch um gute Arbeitsverhältnisse, gute Studienbedingungen und Mitbestimmung.

„Wir haben eine exzellente Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen, die wir in ihrer Profilierung stärken wollen“, unterstrich **Dr. Ruth Seidl** (GRÜNE). Eine Neuauflage des Hoch-

schulgesetzes halte sie für notwendig, weil das jetzige unter Schwarz-Gelb beschlossene verfassungswidrig sei, was etwa die Kompetenzen des Hochschulrats und die Rektorenwahl angehe. Auch sprach sich Seidl für eine übergreifende Planung durch das Land aus, um die Fächer-vielfalt zu sichern: „Das hat doch überhaupt nichts mit Detailsteuerung und Gängelung zu tun“, erklärte die Abgeordnete. Darüber hinaus sehe der Gesetzentwurf eine zeitgemäße Mitbestimmung in den Hochschulgremien vor.

Anders bewertete dies **Angela Freimuth** (FDP): „Es geht hier ausschließlich um Diktat.“ Über 800 Wissenschaftler hätten Rot-Grün aufgefordert, den Gesetzentwurf im Interesse des Forschungsstandortes NRW zurückzuziehen. Nach Ansicht der FDP-Politikerin haben sich die Hochschulen unter dem jetzigen Gesetz erfolgreich entwickelt – man müsse diese nicht bevormunden, was gelehrt und wie geprüft werden solle. Außerdem halte das aktuelle Gesetz genügend Instrumente zur Planung durch das Land vor. Freimuth warn-

te die Regierung davor, die Hochschulen zu einem ideologischen Spielball zu machen, und befürchtete: „Das Hochschulbevormundungsgesetz soll einen Prozess der Mittelkürzung einleiten.“

Der PIRATEN-Fraktionschef **Dr. Joachim Paul** warf den beiden anderen Oppositionsfraktionen vor, mit ihren Anträgen die Konflikte zu befeuern und damit dem Wissenschaftsstandort NRW zu schaden. „Netzwerkmanagement ist das Zauberwort mit Blick auf die Hochschulen“, betonte Paul. Seine Fraktion stelle die Lehrenden und Lernenden in den Mittelpunkt. Der rot-grüne Referentenentwurf springe zu kurz, wirkliche Autonomie könne mit den weiterhin bestehenden Hochschulräten nicht erreicht werden. Darüber hinaus bezeichnete Paul die derzeitigen Globalhaushalte der Hochschulen als „Mängelverwaltungsinstrumente“ – hiergegen gehe Rot-Grün im Gesetzentwurf zu zaghaft vor.

Schwarz-Gelb habe bei den Hochschulen „gnadenlos auf Markt“ gesetzt, kritisierte die **Wissenschaftsministerin Svenja Schulze** (SPD): „Für uns ist Bildung eine öffentliche Aufgabe und keine Privatsache, die vom Geldbeutel derjenigen abhängt, die an Bildung partizipieren sollen.“ Seit zweieinhalb Jahren habe Rot-Grün das Gesetz mit den Betroffenen evaluiert. Die Novelle solle sicherstellen, dass zukünftig genug Fachkräfte ausgebildet würden. Wie eine solche Planung durch das Land konkret umzusetzen sei, fehle derzeit im Gesetz, befand Schulze. Zudem wolle sie die Transparenz der Hochschulstats verbessern. Immerhin fast sechs Milliarden Euro flössen dieses Jahr in Wissenschaft und Forschung. *bra*

Abgelehnt

Alle drei von den Oppositionsfraktionen eingebrachten Anträge zur Zukunft der Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen (Drs. 16/2281, 16/4584, 16/4825) hat der Landtag mehrheitlich abgelehnt.



Fotos: Schälte

Angela Freimuth (FDP)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN)

Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD)



Lesen und Schreiben für alle

Landtag einig: Analphabetismus besser vorbeugen

30. Januar 2014 – Von den erwerbsfähigen Erwachsenen im Alter von 18 bis 64 Jahren können in Deutschland laut wissenschaftlichen Studien 14,5 Prozent nicht richtig lesen und schreiben. Auch in NRW sind rund 1,5 Millionen Menschen vom funktionalen Analphabetismus betroffen, schreiben die fünf Landtagsfraktionen in einem gemeinsamen Antrag und fordern ein „breites Bündnis gegen Analphabetismus in Nordrhein-Westfalen“. Die Landesregierung solle verstärkt Maßnahmen gegen das Phänomen ergreifen.

Marlies Stotz (SPD) betonte, der funktionale Analphabetismus stelle längst ein ernsthaftes gesellschaftliches und strukturelles Problem dar. Dementsprechend froh zeigte sie sich über den gemeinsamen Antrag. Man dürfe nicht nur die bestehenden Bildungseinrichtungen in den Blick nehmen, sondern müsse auch über neue Angebotsformate und Kooperationsformen nachdenken. Wichtig sei es, vielschichtige und unterschiedliche Angebote zur Überwindung des Analphabetismus zu schaffen: „Wir wissen, dass wir die Betroffenen nicht über einen Kamm scheren dürfen, dass die Problemlagen, die die Menschen zu funktionalen Analphabeten gemacht haben, höchst unterschiedlich sind.“

„Wir haben Wert darauf gelegt, dass wir nicht nur die Symptome behandeln“, erklärte Petra Vogt (CDU) und ergänzte: „Wir wollen versuchen, funktionalen Analphabetismus von vornherein zu vermeiden.“ Der richtige Ansatz sei es, so Vogt, den Blick zuerst auf die Schulen zu richten, da dort die Grundlagen gelegt würden. Es komme darauf an, nicht erst dann etwas zu tun, wenn es schon zu Analphabetismus gekommen sei, sondern auch stark auf Prävention zu setzen und Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schulen entsprechend zu sensibilisieren. „Das findet sich heute in diesem gemeinsamen Antrag wieder. Darüber freuen wir uns“, sagte die Abgeordnete.

Gudrun Zentis (GRÜNE) betonte, die Bemühungen seien nur dann glaubwürdig, wenn aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) genügend Mittel zur Verfügung gestellt würden, um Angebote zur Alphabetisierung und Grundbildung auszubauen. „Wir müssen darauf achten, dass die Kürzungen bei den ESF-Mitteln nicht in diesen Bereich weitergereicht werden“, mahnte die Abgeordnete. Notwendig sei zudem eine Bündelung der bislang von den Bildungseinrichtungen entwickelten Instrumente: „Bei dieser Aufgabe müssen die Einrichtungen unsere Unterstützung erhalten. Ich sehe die neue Supportstelle für Weiterbildung als einen möglichen Ort dafür“, erklärte die GRÜNEN-Sprecherin.

Analphabetismus erst gar nicht aufkommen zu lassen, sei auch aus FDP-Sicht ein zentrales Anliegen, so Ingola Schmitz (FDP). Zukünftig dürfe bestenfalls keine Schülerin und kein Schüler die Schule verlassen, ohne richtig lesen und schreiben zu können. „Dass wir hier die Anstrengungen verstärken müssen, wird deutlich, wenn man sich bewusst macht, dass viele der Betroffenen über Schulabschlüsse verfügen“, so Schmitz. Eine große Herausforderung sah sie darin, die heute Erwachsenen und im Berufsleben stehenden Betroffenen den Angeboten zuzuführen: „Wir alle sind gefordert zu werben“, appellierte die Abgeordnete an ihre Kolleginnen und Kollegen.

Monika Pieper (PIRATEN) wies darauf hin, dass sowohl eine qualitative als auch quantitative Umsetzung der Angebote gewährleistet sein müsse. Hier sehe sie mindestens zwei Knackpunkte: zum einen die Erreichbarkeit der betroffenen Personen und des Weiteren die finanzielle Ausstattung der Bildungsträger und Projekte. Jetzt müssten Taten folgen: „Das wird keine kurzfristige Erfolgsstory, das wird ein langer und mühsamer Weg, bei dem uns Aktionismus nicht weiterhilft, sondern nur sehr, sehr viel Geduld und Durchhaltevermögen. Dabei sollten wir alle Akteure vor Ort ermutigen und unterstützen und als Ansprechpartner jederzeit zur Verfügung stehen“, meinte Pieper.

Mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Ebene erklärte Schulministerin Sylvia Löhrmann (GRÜNE): „Wer nicht hinreichend lesen und schreiben kann, der beteiligt sich weniger an unserer Gesellschaft.“ Funktionaler Analphabetismus führe dementsprechend auch zu einer Spaltung der Gesellschaft. „Wir brauchen eine breite Allianz, die alle beteiligten Akteure aus allen Politikfeldern einbezieht“, erklärte die Ministerin weiter. Sie hob die Bedeutung eines landesweiten Netzwerks von Weiterbildungseinrichtungen hervor, betonte jedoch auch, dass der Blick auf die regionalen Bedürfnisse, Strukturen und Akteure nicht verloren gehen dürfe. *Marie Schwinning*

Einstimmig

Der Landtag hat den Antrag der fünf Landtagsfraktionen (Drs. 16/4152) einstimmig angenommen.

Foto: Schälte



Türöffner in die Berufswelt

Landtag berät über Weiterentwicklung der Berufskollegs

29. Januar 2014 – Die Ausbildungsvorbereitung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf in Berufskollegs bedarf einer Reform, meinen die Landtagsfraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN. In einer ersten Lesung diskutierte das nordrhein-westfälische Parlament daher über einen Gesetzesentwurf der drei Fraktionen zur Weiterentwicklung der Berufskollegs und Änderungen schulgesetzlicher Vorschriften (Drs. 16/4807). Grundsätzlich herrschte unter den Fraktionen weitgehend Einigkeit.

Der Gesetzesentwurf leiste einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation von Jugendlichen in dieser Schulform, führte **Rüdiger Weiß** (SPD) aus. Um die qualitative Weiterentwicklung der Berufskollegs zu gewährleisten, sei es notwendig, Parallelstrukturen abzuschaffen und Warteschleifen zu minimieren, argumentierte er. Die Einrichtung von fach- und jahrgangsübergreifenden Kursen führe zu einer deutlichen Flexibilisierung der Arbeit und somit auch zu einer höheren Durchlässigkeit im System. „All diese gebündelten Maßnahmen erhöhen die Chancen der Jugendlichen auf das angestrebte Berufsleben in einem guten Maße“, so das Fazit des Abgeordneten.

Auch **Petra Vogt** (CDU) bewertete die geplanten Veränderungen als notwendig. Das Gesetz regle insbesondere die Vorbereitung der Jugendlichen mit einem besonderen Förderbedarf neu. „Angesichts der demografischen Entwicklung ist es gerade im ländlichen Raum unerlässlich, derartige Möglichkeiten einzuräumen, damit dort nicht gerade die schwächsten Schülerinnen und Schüler wegen zu kleiner Klassen gar kein schulisches Angebot zur Weiterqualifizierung mehr vorfinden“, so Vogt. Aus diesem Grund müssten die Flexibilisierungsmöglichkeiten bei der Bildung der Klassen erhalten bleiben und eine höhere Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen geschaffen werden.

Ali Bas (GRÜNE) betonte, die Berufskollegs seien außerdem ein wichtiger Weiterqualifizierungsmotor für junge Menschen mit gebrochenen Bildungsbiografien. Die Veränderungen im Berufsbildungsgesetz, das neue Übergangsmangement Schule – Beruf, aber auch die von Bildungsfachleuten geforderten einheitlichen Bildungsangebote für Jugendliche seien Anlässe für die im Gesetz vorgesehenen Neuordnungen in diesem Bereich. Es gelte, durch ein gestrafftes Angebot mehr Transparenz an den Berufskollegs und eine bessere Vermittlung in eine berufliche Ausbildung mit klarer Abschlussorientierung zu schaffen. Das Gesetz sei ein starkes Signal an die Berufskollegs im Land.

„Wir teilen das Anliegen, auch zukünftig ein flächendeckendes Angebot beruflicher Schulen zu sichern. Denn Berufskollegs bilden eine unverzichtbare Säule unseres Schulsystems, sind ein Rückgrat unseres Ausbildungs- und Wirtschaftssystems“, bekräftigte **Ingola Schmitz** (FDP). Noch nicht klar sei ihr allerdings, welche Unterstützung für die Pädagoginnen und Pädagogen hinsichtlich der Arbeit mit heterogenen Schülergruppen in der zusammengeschlossenen Ausbildungsvorbereitung vorgesehen sei. „Hier sind wir sehr gespannt auf die Anhörung. Grundsätzlich gehen die Überlegungen nach unserer Meinung aber in die richtige Richtung“, erklärte die Abgeordnete.

Monika Pieper (PIRATEN) bewertete die geplante Zusammenführung des Berufsorientierungsjahres mit den Klassen für Schüler ohne Auszubildungsverhältnis als „prinzipiell ausgesprochen begrüßenswert“. Auch das Vorhaben, das Berufsgrundschuljahr in die einjährigen Berufsfachschulen zu integrieren, sei ihr sympathisch. Unsicher war sie hinsichtlich der erhofften Effekte: Der Gesetzesentwurf sehe vor, dass Schüler durch anrechnungsfähigen Kompetenzerwerb eher in ein Auszubildungsverhältnis gebracht würden und der Übergang in den Beruf so schneller vonstatten gehe. „Ich habe Zweifel, ob das gelingen wird. Insofern sehe ich da noch Beratungsbedarf“, so Pieper.

Die erfolgreiche Arbeit an den Berufskollegs sei ein Garant für gesellschaftliche Teilhabe und die Sicherung des dringend erforderlichen Fachkräftenachwuchses, so **Sylvia Löhrmann** (GRÜNE), Ministerin für Schule und Weiterbildung. Aufgrund demografischer Entwicklungen würden Bildungsverläufe mit Anrechnung bereits erworbener Qualifikationen und gleichzeitigem qualifikationsbasierten Einstieg für lernschwächere Jugendliche immer wichtiger. Der Gesetzesentwurf biete die Gelegenheit, das attraktive und vielfältige Bildungsspektrum an neue Herausforderungen anzupassen. Zudem sei es gut und wichtig, grundlegende bildungspolitische Fragen einvernehmlich zu lösen. *Marie Schwinning*

Weitere Beratung

Im Folgenden wird der Ausschuss für Schule und Weiterbildung detailliert über den Gesetzesentwurf (Drs. 16/4807) beraten. Der Sozialausschuss wird mitbera- tend tätig.



Fotos: Schälte

Rüdiger Weiß (SPD)

Petra Vogt (CDU)

Ali Bas (GRÜNE)

Ingola Schmitz (FDP)

Monika Pieper (PIRATEN)

Ministerin Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Foto: Schälte

115 Fragen zur Sicherheit

Gegen das Verbrechen: Wie gut ist NRW aufgestellt?

29. Januar 2014 – Wie es um die Situation der Polizei und der Kriminalitätsbekämpfung steht, wollte die CDU wissen und stellte eine Große Anfrage (Drs. 16/2248) an die Landesregierung mit 115 Fragen. Sie erhoffte sich umfassende Antworten, zeigte sich im Plenum dann aber enttäuscht. In der Aussprache über die Anfrage zogen die Fraktionen unterschiedliche Fazite.

Eine über Jahrzehnte verfehlte Ausrichtung der nordrhein-westfälischen Polizei bescheinigte **Theo Kruse** (CDU) der SPD-geführten Landesregierung. Auf landestypische Besonderheiten in der Infrastruktur wie große Städte zu verweisen, entlasse den Innenminister nicht aus der Verantwortung, mit passenden Maßnahmen zu reagieren. Seit 1980 sei die Zahl der Straftaten um 50 Prozent gestiegen. Trotzdem arbeiteten damals wie heute etwa gleich viele Polizeibeamten an deren Aufklärung, kritisierte Kruse. Jeder Ermittler habe nur noch 60 Minuten Zeit, um einen Einbruch aufzuklären. NRW müsse endlich seiner originären Aufgabe gerecht werden: „dem Bürger ein Höchstmaß an Sicherheit zu bieten“.

„Kaum ein anderer Ort dieser Welt ist so sicher wie NRW“, widersprach **Andreas Bialas** (SPD). Es

gebe immer weniger Tötungsdelikte, Raubdelikte und schweren Diebstahl, dafür doppelt so viele Fälle von Schwarzfahren. Immer mehr Delikte scheiterten im Versuchsstadium. In Sachsen oder Hessen sei die Gefahr, getötet zu werden, doppelt so hoch. In NRW liege die Aufklärungsquote bei Schwerverbrechen bei fast 100 Prozent. Die Quote insgesamt liege seit fast 20 Jahren konstant bei knapp 50 Prozent. Bialas betonte die Wichtigkeit von Aufklärung und Präventionsarbeit – das, was die CDU gern als „PR-Gags“ diskreditiere. Dabei belegten die nun selteneren Diebstähle von Wertgegenständen aus Autos den Erfolg solcher Maßnahmen.

„Man kann so viel kritisieren, wie man will, aber dann muss man auch konstruktive Vorschläge machen“, sagte **Verena Schäffer** (GRÜNE). Nach der

Aufdeckung der NSU hätten alle Fraktionen die schwerpunktmäßige Bekämpfung des Rechtsextremismus gefordert. Nun kritisiere die CDU diesen Schwerpunkt. Ebenso beim islamistischen Terrorismus, der eine ernstzunehmende Bedrohungslage für das Land darstelle: „Ich frage mich wirklich“, sagte Schäffer, „ob Sie allen Ernstes behaupten wollen, hier sei ein falscher Schwerpunkt gesetzt.“ Dass das Thema Internetkriminalität in der Großen Anfrage nicht vorkomme, wunderte die Abgeordnete. Man müsse auch darüber reden, welche Delikte im Internet begangen würden.

Seitdem der Innenminister im Amt sei, habe sich die Zahl der Straftaten um 70.000 erhöht, führte **Dr. Robert Orth** (FDP) aus. Damit habe der Minister enttäuscht und versagt. Er habe es nicht geschafft, die Opfer von Kriminalität hinreichend zu schützen. Überhaupt kam ihm die Sicht der Opfer zu kurz. „Wir sollten nicht so hochnäsiger sein und die Opferperspektive nur mit hohem materiellen oder körperlichen Schmerz gleichsetzen“, meinte er – auch Wohnungseinbrüche verursachten Traumata. Seit Monaten werde der FDP-Antrag „Beute zurück!“ diskutiert. Orth forderte die Regierung auf, mitzuziehen und die Absatzwege auszutrocknen. „Gehen Sie doch einmal die Ebay-Hehlerei an!“, verlangte er zudem.

„Diese Große Anfrage liefert viele wichtige Zahlen, aber keine Lösungen“, sagte **Dirk Schatz** (PIRATEN). Er kritisierte einen Personalmangel bei der Polizei. Trotz mehr Kriminalität, trotz Erziehungszeiten von – meist – Polizistinnen, trotz der Überalterung der Polizei, die mit erhöhten Krankenständen einhergehe, gebe es nicht mehr Personal. Für die Streife fehle es in einsatzstarken Zeiten an Kräften, egal, nach welchem Schichtsystem die Arbeit organisiert werde. Schatz' Vorschlag: Aufgabenkritik im Bereich der Betäubungsmitteldelikte. Der Großteil der dort tätigen 465 Kolleginnen und Kollegen sei mit dem Thema „Cannabis“ beschäftigt, erklärte der Polizist. Legalisiere man Cannabis, werde Personal frei.

Zwischen 1994 und 2012 habe die Kriminalität um 14 Prozent zugenommen, die Personalausstattung der Polizei aber um 19 Prozent, stellte **Innenminister Ralf Jäger** (SPD) klar. Die angesprochenen 70.000 Straftaten mehr gingen darauf zurück, dass die Bundespolizei Schwarzfahrer der Landespolizei melde. Jäger verteidigte Blitz-Marathons als wirksamen Bestandteil einer Präventionsstrategie im Verkehr. Inzwischen hätten alle Bundesländer und fünf Staaten das Konzept übernommen. Ebenso wichtig sei die Präventions- und Aufklärungsarbeit in puncto Internetkriminalität. Insgesamt brauche es beides: Restriktion und mehr Prävention. Jägers Fazit: Die Polizei in NRW leiste sehr gute Arbeit. *sow*



Tatort Fußball

Polizei gegen gewaltbereite Anhänger – Ein Fall für den Landtag

29. Januar 2014 – Eigentlich sollte es die schönste Nebensache der Welt sein. Doch in den vergangenen Wochen und Monaten gab es in Nordrhein-Westfalen rund um Fußballspiele immer wieder hässliche Szenen: randalierende und prügelnde – vermeintliche – Fans in Stadien und Innenstädten. Dabei griffen die Gewalttäter teils auch gezielt Polizeikräfte an. Die Folge: zahlreiche Verletzte und Schwerverletzte. In einem Antrag fordert die FDP-Fraktion die Landesregierung nun dazu auf, ein schlüssiges Gesamtkonzept gegen Gewalt im Umfeld von Fußballspielen vorzulegen (Drs.16/4820). Thema einer Debatte im Plenum.

Die jüngsten Ereignisse in Köln und Bielefeld hätten eine Dimension erreicht, über die man nicht einfach hinweggehen könne, stellte der FDP-Abgeordnete **Mark Lürbke** fest: „Sie haben mit Fußball nichts zu tun und bringen den ganzen Sport in Verruf.“ Prävention sei ein wichtiger Baustein, allerdings gebe es Menschen, denen damit nicht beizukommen sei – sie suchten gezielt Gewalt. „Reicht Ihnen die derzeitige Rechtslage zu Meldeauflagen und ungenauen Strafbeständen wie Landfriedensbruch und Beteiligung an einer Schlägerei?“, fragte Lürbke den Innenminister. Der Abgeordnete forderte ein schlüssiges Gesamtkonzept gegen Gewalt rund um Fußballspiele sowie beschleunigte Verfahren gegen die Täter.

Im vergangenen Jahr habe der Landtag die Problematik auch mit Fachleuten immer wieder diskutiert, erinnerte **Andreas Kossiski** (SPD). Nun tue die FDP so, als sei ihr das völlig entgangen. Die Regierung habe bereits mehrere Initiativen ergriffen: Neben einem Zehn-Punkte-Plan gehöre dazu unter anderem eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern. „Als Gipfel sehe ich aber, dass Sie behaupten, die Landesregierung würde Meldeauflagen oder konsequentes Vorgehen gegen Randalierer ablehnen“, kritisierte Kossiski die FDP. Gewalt im Fußball sei inakzeptabel, betonte er. Doch ebenso gelte, dass es

hiergegen kein Patentrezept, sondern diverse zu diskutierende Ansätze gebe.

Über medienwirksame „Polit-Bengalos“ hinaus habe sich unter Rot-Grün gegen Gewalt im Fußball nichts getan, meinte hingegen **Werner Lohn** (CDU): „Es wird von Woche zu Woche schlimmer.“ Den Innenminister forderte er auf, endlich konkret „tatkräftig“ zu werden und mit den friedlichen Fans zu kommunizieren. Viele der gewaltbereiten Anhänger kämen aus NRW, deshalb müsse sich das Land verschärft hiermit beschäftigen. Im Fall der Eskalation beim Spiel Köln-Schalke, zu dem Rechtsradikale aus Dortmund angereist waren, monierte Lohn einen mangelhaften Informationsaustausch der beteiligten Stellen. Zudem brauche NRW ein Konzept für den Umgang mit vermummten Straftätern.

Eine Debatte über „bürgerkriegsähnliche Zustände“ schieße weit übers Ziel hinaus, so **Josefine Paul** (GRÜNE). Ausschreitungen bildeten die Ausnahme. Gleichzeitig plädierte sie für eine differenzierte Debatte; längst nicht alle jugendlichen Ultras seien Intensivtäter, gegen die etwa mit behutsam einzusetzenden Meldeauflagen vorgegangen werden könne. Natürlich müsse NRW schauen, welche – auch repressiven – Maßnahmen ausgebaut werden könn-

ten, gestand Paul zu. Doch grundsätzlich gebe es bereits schlüssige Konzepte. Darüber hinaus mahnte sie, ein sicheres Stadionerlebnis liege in der Verantwortung aller – auch der Vereine, die professionelle Ordner einsetzen müssten.

„Mich ärgert wirklich, dass Sie keine neuen Vorschläge unterbreiten“, sagte der PIRATEN-Sprecher **Frank Herrmann** zur FDP. Die Ideen zur Kontrolle der Fans hätten die Fachleute in einer Anhörung als unverhältnismäßig abgelehnt. Einzelfälle zu dramatisieren, reiche nicht aus, betonte Herrmann: „Personalisierte Tickets und kontrollierte Reisewege sind keine Lösungen, sondern Massenüberwachungen.“ Stattdessen sprach er sich für wissenschaftliche Studien zur tatsächlichen Situation der Fanszene aus und forderte den Innenminister auf, den Dialog mit den Fans zu suchen. Zudem bräuchten die teils erst kürzlich gestarteten Präventionsinitiativen Zeit, um sich zu entfalten.

Unter die friedlichen Fans mischten sich einige wenige Straftäter, unterstrich **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). Wichtig sei daher, zweigleisig zu fahren: mit einem klaren Fan-Dialog und konsequenter Repression gegen Intensivtäter. Letztere gelte es, genauer in den Fokus zu nehmen, befand der Minister. So sollten Strafverfahren gegen ein und denselben Täter auf eine Stelle etwa am Wohnort konzentriert werden. Im Übrigen seien neben der Polizei aber auch die Vereine und Ultrafans für sichere Stadien zuständig, mahnte Jäger: „Es kann nicht sein, dass immer wieder Polizei in die Stadien muss, um eigentliche Ordnertätigkeiten durchzuführen.“ 30 Prozent der Arbeitskraft der Hundertschaften sei durch Fußball gebunden. *bra*

Abstimmung

Der FDP-Antrag (Drs. 16/4820) wurde einschließlich eines Entschließungsantrags der Piratenfraktion (Drs. 16/4896) federführend zur Beratung an den Innenausschuss sowie darüber hinaus an den Sportausschuss, den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen.



Neu im Landtag...

...ist der CDU-Abgeordnete **Heiko Hendriks**. Landtagspräsidentin **Carina Gödecke** verpflichtete das neue Parlamentsmitglied Ende Januar im Plenarsaal. Hendriks kommt aus Mülheim an der Ruhr und rückt für den ausgeschiedenen ehemaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden **Karl-Josef Laumann** in den Landtag nach. Laumann hatte einen Tag zuvor sein Landtagsmandat niedergelegt. Er wird künftig als Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie als Bevollmächtigter für Pflege tätig sein. *Foto: Schälte*

Was der Chef mitbringen muss

Sollen Polizeipräsidenten politische Beamte bleiben?

29. Januar 2014 – Eine „Entpolitisierung der Polizei“ fordert die FDP-Fraktion (Drs. 16/2336). Konkret geht es um die Ernennung der Polizeipräsidentinnen und -präsidenten. Bisher werden sie als politische Beamte vom Innenminister ernannt und können in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Nach Vorstellung der FDP soll die Rekrutierung künftig nach Stellenausschreibung und Auswahlverfahren erfolgen. Damit sollen politische Abhängigkeit und parteipolitische Einflussnahme auf die Polizeiarbeit unterbunden werden, so das Anliegen der Fraktion. SPD und GRÜNE sehen keine Politisierung der Polizei und daher auch keinen Grund für eine Änderung.

„Anders als von Ihnen suggeriert, genießen unsere Polizei und die sie führenden Polizeipräsidentinnen und Polizeipräsidenten in der Bevölkerung ein hohes Ansehen und Vertrauen“, betonte **Hartmut Ganzke** (SPD). Auch in der Expertenanhörung habe nur ein einziger Sachverständiger Änderungsbedarf an der derzeitigen Ernennungspraxis gesehen. In NRW würden alle Beamtinnen und Beamten – auch politische – nach Eignung, Gesetz und Befähigung ausgewählt. Übrigens bedeute der FDP-Gesetzentwurf, dass auch Landräte die Polizei ihres jeweiligen Kreises nicht mehr leiten dürften. Auch sie seien politisch gewählt worden.

Eben dieser Landrat müsse sich – auch als Chef der Polizei – alle fünf Jahre dem Votum der Wählerinnen und Wähler stellen, antwortete **Theo Kruse** (CDU). Die Möglichkeit einer einstweiligen Versetzung in den Ruhestand schwäche die Stellung des Polizeipräsidenten, wandte er sich gegen die derzeitige Praxis. Politische Ämter sollten sich nur auf den engsten Kreis unmittelbarer Berater eines Ministers beziehen, fügte Kruse hinzu. Außerdem führe es zu Frust in den Amtsstuben, wenn die besseren Stellen mit Parteileuten besetzt würden und hochqualifizierte Beschäftigte keine Chancen hätten. Das untergrabe die Leistungsbereitschaft.

„Ich möchte feststellen, dass die Polizei NRW nach rechtsstaatlichen Prinzipien handelt“,

widersprach **Verena Schäffer** (GRÜNE) dem Begriff einer politisierten Polizei. Wichtig war ihr, die zivile Führung, die es mit dem derzeitigen Modell gebe, beizubehalten. Dass die Behördenleitung von außerhalb der Polizei komme, stehe für eine demokratische Polizei, die zur Selbstkritik und Reflexion fähig sei. Zudem verwies sie auf eine Repräsentanten- und Scharnierfunktion zwischen Politik und Verwaltung, die die Polizeipräsidentinnen und -präsidenten innehätten. Diese rechtfertige den Status des politischen Beamten.

„Sie, Frau Schäffer, sagen gleichzeitig allen Polizistinnen und Polizisten, die fachlich qualifiziert und im höheren Dienst sind: Egal, wie gut du bist – du hast keine Chance“, kritisierte **Dr. Robert Orth** (FDP). Eine zivile Führung, die nach dem Zweiten Weltkrieg Sinn gemacht habe, halte er heute für überholt: „Die sind doch alle durch und durch Demokraten.“ Auch gebe es derzeit sehr wohl politische Implikationen: Das Gesetz schreibe bei der Polizeiarbeit die Rücksichtnahme auf die Regierungsziele explizit vor. Orth verwies auf Niedersachsen, wo politische Beamte nach einem Regierungswechsel hin zu Rot-Grün „reihenweise abgesägt“ worden seien.

Dass die Polizei nach Recht und Gesetz handle, habe niemand bestritten, erklärte **Dirk Schatz** (PIRATEN) und fügte hinzu: „Aber innerhalb des rechtlich zulässigen Rahmens gibt es fast immer einen breiten Ermessensspielraum,

und es ist ein Unterschied, ob ich mich innerhalb dieses Rahmens frei bewegen kann oder ob ich exakt der Regierungslinie folgen muss in dem Wissen, dass ich von heute auf morgen meinen Job verlieren kann.“ Auch Polizeivollzugskräften zu ermöglichen, Polizeipräsident zu werden, habe außerdem die Gewerkschaft der Polizei in der Anhörung als „bitter notwendiges Signal“ der Wertschätzung begrüßt.

Zivile Führung bedeute nicht, dass Polizeikräfte keine Polizeipräsidenten werden könnten, erläuterte **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). Aber: Diese seien nicht als Polizistinnen oder Polizisten, sondern als Behördenleiter gefragt. Übrigens gebe es einen ehemaligen Polizeivollzugsbeamten, der inzwischen als Behördenleiter tätig sei. Jäger unterstrich: Die Polizei in NRW sei kein politisches Ausführungsorgan. „Wir reden hier über ein Problem, das in der Realität gar nicht vorkommt und maximal in der Theorie existiert.“ Die letzte Versetzung in den vorläufigen Ruhestand liege fünf Jahre zurück – unter Schwarz-Gelb. sow

Abgelehnt

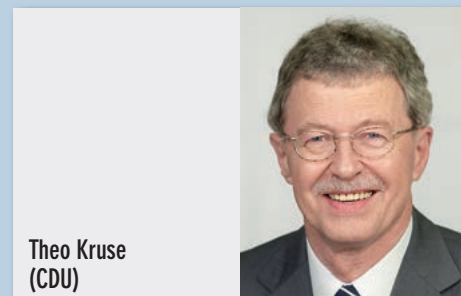
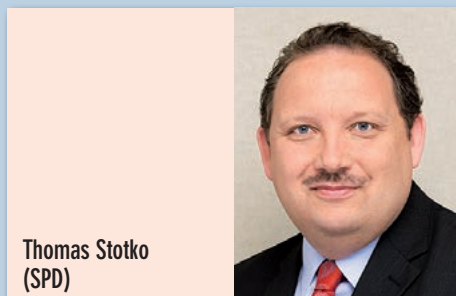
Wie vom Innenausschuss empfohlen, hat der Landtag den Gesetzentwurf (Drs. 16/2336) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt. Die anderen Fraktionen stimmten für den Gesetzentwurf.



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Notwendige Schwerpunktthemen in der Kriminalitätsbekämpfung sehe ich in ...

... dem Bereich der Einbruchskriminalität, der Internet- sowie der Extremismus-Delikte. Neben modernen Ermittlungsmethoden und schneller Verfolgung muss die präventive Arbeit ausgebaut werden. Maßnahmen wie „Riegel vor“, „Kurve kriegen“, „CrashKurs NRW“ und obendrein die wichtige Arbeit des Verfassungsschutzes sind Möglichkeiten der Stärkung des Selbstschutzes.

... der Bekämpfung der Einbruchskriminalität, der zunehmenden Gewalt im Umfeld von Fußballspielen und der rasant wachsenden Anzahl gewaltbereiter Salafisten. Unter rot-grüner Regierungverantwortung ist Nordrhein-Westfalen inzwischen das unsicherste Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland.

In der Abwägung von repressiven und präventiven Maßnahmen ...

... ist Prävention stets zielführender, da sie nachhaltiger ist. Repression bleibt zur Abschreckung unerlässlich; sie wird jedoch entbehrlicher, wenn präventive Maßnahmen greifen.

... ist Augenmaß gefragt, denn eine erfolgreiche Politik der inneren Sicherheit besteht immer aus beiden Elementen. Dieses Augenmaß vermisse ich bei Rot-Grün. Innenminister Jäger richtet die Polizei fast ausschließlich auf Verkehrsunfallprävention aus. Die Bekämpfung von Straftaten kommt dabei zu kurz.

Um eine möglichst gerechte und effiziente Verteilung der Polizeikräfte im Land zu gewährleisten, ist es wichtig, ...

... genau hinzusehen. Bis heute ist es niemandem gelungen, ein besseres System zu erarbeiten. Das Ministerium achtet gemeinsam mit den Parlamentariern darauf, dass es zu keiner Überforderung der Einsatzkräfte kommt und die Effizienz des Personaleinsatzes gewährleistet ist.

... dass qualitative Kriterien und das jeweilige Arbeitsvolumen in den Kernaufgabenbereichen der Polizei zunächst realistisch erfasst werden. Dies findet derzeit jedoch nicht statt. Innenminister Jäger betreibt bei der Polizei keine Personalverwendung, sondern Personalverschwendung.

Die Arbeitsbedingungen und Ausstattung der Polizei ...

... sind grundsätzlich gut. Neue Uniformen, neue Einsatzfahrzeuge, neue Dienstwaffen – vor Ort gibt es keine Beschwerden. Sicherlich müssen Fragen der Belastungen durch Schichtarbeit sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zukunftsfähiger diskutiert werden.

... sind in NRW insgesamt gut. Die schlechten Aufklärungsergebnisse liegen in erster Linie daran, dass Innenminister Jäger die Beamten permanent zu „Blitzmarathons“ oder anderen nutzlosen Showmaßnahmen abkommandiert. Dadurch bleibt die Ermittlungsarbeit in den Kriminalkommissariaten liegen.

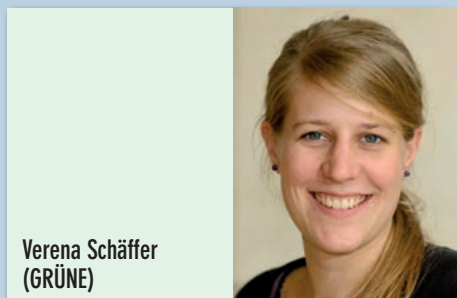
Um die Gewalt rund um Fußballspiele einzudämmen und die dort tätigen Polizeikräfte zu schützen, ...

... wird schon viel getan. Der Großteil der Fußballfans ist friedlich. Es sind die wenigen Gewaltbereiten, die den Ruf ramponieren. Die Vereine als Veranstalter sind gefragt, Hausverbote zu erteilen und durchzusetzen. Die Fanszene und Ultras müssen sich von diesen Gewalttätern öffentlich distanzieren. Die Polizei wird auch weiterhin den Schutz der Fans gewährleisten.

... muss verhindert werden, dass polizeibekanntete Gewalttäter überhaupt zum Spielort anreisen. Dies kann durch sogenannte Meldeauflagen erreicht werden. Die Betroffenen müssen sich dann pünktlich zum Anpfiff bei ihrer örtlichen Polizeiwache melden und können nicht beim Fußball randalieren.



Diesmal zum Thema Polizei.



Verena Schäffer
(GRÜNE)

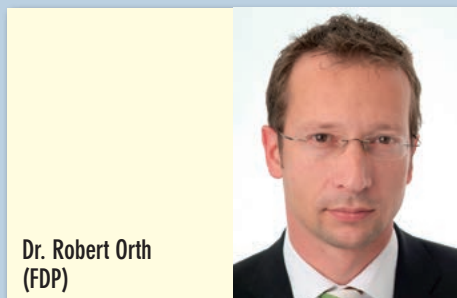
... der Beratung über die Sicherung der eigenen vier Wände und der überregionalen Vernetzung gegen Wohnungseinbrüche, dem Vorgehen gegen Internetkriminalität durch die Bündelung der Expertise beim Landeskriminalamt und der Fortbildung von PolizeibeamtInnen sowie dem verstärkten Strafverfolgungsdruck gegenüber Neonazis.

... stellt Repression das letzte Mittel dar. Die Ursachen für Kriminalität liegen oft in gesellschaftlichen Entwicklungen. Über gewaltbereite und menschenfeindliche Einstellungen bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung. Repression bekämpft meist das Symptom, aber nicht die Ursache.

... dass die von Rot-Grün erhöhte Anzahl der Einstellungen neuer PolizeibeamtInnen erhalten bleibt. Um neuen Herausforderungen gerecht zu werden, bedarf es sowohl einer Aufgabenkritik bei der Polizei als auch der Überprüfung und Optimierung der Organisationsstrukturen hinsichtlich ihrer Effizienz.

... müssen den Aufgaben entsprechen. Rot-Grün wird das Gesundheitsmanagement und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken. Aus- und Fortbildung sowie die Bekleidung müssen den PolizeibeamtInnen Schutz bieten, die IT-Ausstattung muss die Bekämpfung aktueller Kriminalitätsentwicklungen ermöglichen.

... müssen Fans, Vereine und Polizei stärker in den Dialog über ein friedliches Stadionerlebnis treten, denn Gewalt hat beim Fußball nichts zu suchen. Die Fanprojekte gilt es zu stärken, die Vereine müssen qualifizierte Ordnerinnen und Ordner einsetzen und die Fans auf An- und Abreisewegen begleiten.



Dr. Robert Orth
(FDP)

... der Steigerung von Polizeipräsenz, Fahndungsdruck und Entdeckungsrisiko. Die massiv gestiegene Einbruchskriminalität zeigt wie viele andere Bereiche: Wer ungestört agieren kann und sich sicher fühlt, versucht es nochmal. NRW braucht mehr gezielte Fahndung, höhere Aufklärung, schnellere Reaktion.

... gilt es jeweils, rechtskonform, verhältnismäßig und wirksam zu agieren. Wenn Minister Jäger tausende Polizisten Flyer gegen Einbruch verteilen lässt, während zeitgleich 7.000 Einbrüche stattfinden oder Einbrecher und Raser vor Schwerpunktkontrollen vorab medial gewarnt werden, ist das sehr fragwürdig.

... den von Rot-Grün eingeleiteten Abbau von Polizeibeamten zu stoppen, sonst haben wir ab dem Jahr 2018 weniger Polizeikräfte im Land. Den hohen und örtlich unterschiedlichen Fehlzeiten muss entgegengewirkt werden. Sicherheit schaffen nicht zugewiesene Beamte auf dem Papier, sondern real einsatzbereite.

... müssen gut sein – etwa durch moderne Einsatzmittel und Ausrüstung, die Entlastung von unnötiger Bürokratie zugunsten von mehr Streife und Fahndung sowie gute Aufstiegschancen, zum Beispiel vom höheren Dienst zum Polizeipräsidenten. Die FDP setzt sich zudem für eine gerechte Beamtenbesoldung ein und klagt gegen das unfaire rot-grüne Gesetz.

... dürfen ermittelte Straftäter nicht ungehindert zum nächsten Spiel gelangen. Das ist weder besorgten Bürgern noch Polizeibeamten erklärbar. Konsequente Täterergreifung, schnelle Aburteilung, effektiv kontrollierte Stadionverbote, Meldeaufgaben sowie Betretungsverbote sind notwendige Instrumente.



Dirk Schatz
(PIRATEN)

... den Bereichen Eigentums- und Computerkriminalität. In beiden Bereichen steigen die Fallzahlen stetig, ohne dass das Personal entsprechend angepasst wird. Besonders für die Computerkriminalität benötigen wir eine Reform der Vergütungsstrukturen. Nur so werden sich hochqualifizierte IT-Fachleute gewinnen lassen.

... stellen die repressiven den Hauptteil polizeilicher Arbeit dar. Sie bekämpfen aber nur Symptome, aber nicht die Ursachen des Problems. Daher sollten präventive Maßnahmen in den Fokus gerückt werden, um Kriminalität gar nicht erst entstehen zu lassen. Dies ist jedoch nicht die Aufgabe der Polizei allein.

... zunächst den Ist-Zustand zu ermitteln. Dies geschieht bereits unter dem Stichwort „Aufgabenkritik“. Für mich heißt das aber auch, Arbeitsabläufe in allen Bereichen zu optimieren, um dadurch eingespartes Personal woanders sinnvoller einsetzen zu können. Bestimmte Aufgaben einfach wegzukürzen, ist zu wenig.

... sollten verbessert werden. Derart hohe Krankenstände, die ein Symptom der aktuellen Arbeitsbedingungen sind, müssen zu denken geben. So kann eine bessere technische Ausstattung zum Beispiel dabei helfen, in vielen Bereichen eine Arbeitsentlastung herbeizuführen. Ein Beispiel sind interaktive Funkstreifenwagen.

... sollte alles unternommen werden, um gegenseitige Provokationen zu vermeiden. Dazu gehört eine differenzierte Ansprache der Fangruppen und weniger pauschale Verurteilungen. Eine möglichst zurückhaltende Präsenz der Polizeikräfte am Stadion kann einen wichtigen deeskalierenden Beitrag leisten.



Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/5038	Änderung des Polizeigesetzes, CDU	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 20.2.2014
16/4950	Änderung des Landesmediengesetzes und des Telemedienzuständigkeitsgesetzes, LR	Vorschlag: Ausschuss für Kultur und Medien	1. Lesung 20.2.2014
16/4823	Änderung des Hinterlegungsgesetzes, CDU	Rechtsausschuss	2. Lesung 19.2.2014
16/4775	Änderung des Kirchensteuergesetzes und des Kirchenaustrittsgesetzes, LR	Hauptausschuss	2. Lesung im März
16/4774	LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Gespräch mit Sachverständigen geplant
16/4661	Bereinigung des als Landesrecht fortgeltenden ehemaligen Reichsrechts, LR	Innenausschuss	abschließende Beratung im Ausschuss vsl. 13.3.2014
16/4819	Ausbau des Kinderschutzes, CDU/FDP/PIRATEN	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	in Beratung
16/4824	Vorlage einer verbindlichen Finanzplanung bis 2020, CDU	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung geplant
16/4807	Weiterentwicklung der Berufskollegs (Schulrechtsänderungsgesetz), SPD/CDU/GRÜNE	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Anhörung 19.3.2014
16/4575	Gewährung einer Zulage für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im feuerwehrtechnischen Dienst, SPD/GRÜNE	Innenausschuss	abschließende Beratung im Ausschuss vsl. 13.3.2014
16/4443	Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes, FDP	Wirtschaftsausschuss	Anhörung 19.3.2014
16/4380	Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens, LR	Innenausschuss	abschließende Beratung im Ausschuss vsl. 13.3.2014

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/4379	Wohnungsaufsichtsrecht/ Wohnraumrecht, LR	Bauausschuss	in Beratung
16/4232	Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften, LR	Bauausschuss	Anhörung 10.3.2014
16/4165	Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften im Internet, PIRATEN	Haushalts- und Finanzausschuss	Auswertung der Anhörung
16/4157	Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes, CDU	Innenausschuss	Anhörung 8.4.2014
16/4155	Regelung des Strafvollzuges in NRW, CDU	Rechtsausschuss	Anhörung geplant
16/4151	Körperschaftsrechte für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, alle Fraktionen	Hauptausschuss	Anhörung 20.3.2014
16/3948	Nichtgewerbliches Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten, PIRATEN	Umweltausschuss	in Beratung
16/3457	Änderung des Landesjagdgesetzes, LR	Umweltausschuss	in Beratung
16/3440	Ausführungsgesetz des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, CDU/FDP/PIRATEN	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	2. Lesung 19.2.2014
16/3388	Demografiefeste, teilhaborientierte Infrastruktur, (GEPANRW), LR	Sozialausschuss	in Beratung
16/3248	Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit, PIRATEN	Innenausschuss	in Beratung
16/2723	Änderung des Bestattungsgesetzes, LR	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	in Beratung
16/2124	Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge, CDU	Ausschuss für Kommunalpolitik	in Beratung
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung - aktuell im Plenum entschieden

Drucksache	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/4231	Gesetzliche Befristungen im Bereich des Justizministeriums	Landesregierung	1. Lesung 28.11.2013 2. Lesung 29.1.2014	angenommen
16/3969	Neuordnung der Schul- und Studienfonds	Landesregierung	1. Lesung 25.9.2013 2. Lesung 19.12.2013 3. Lesung 29.1.2014	angenommen
16/2885	Chancengleiche Ausgestaltung von weiterführenden Schulformen	FDP	1. Lesung 15.5.2013 2. Lesung 29.1.2014	abgelehnt
16/2336	Entpolitisierung der Polizei	FDP	1. Lesung 24.4.2013 2. Lesung 29.1.2014	abgelehnt

Ein Gesetzentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtag.nrw.de ausführlichere Informationen.



Foto: Schälte

Elternwille und Kindeswohl

Kitausbau im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Förderrichtlinien

13. Februar 2014 – Seit es einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter-dreijährige Kinder (U3) gibt, werden offenbar mancherorts die Plätze in den Einrichtungen für die über-Dreijährigen (Ü3) knapp. Einzelfälle oder ein tiefergehendes strukturelles Problem? Die CDU-Fraktion fordert in ihrem Antrag (Drs. 16/4431), Versorgungsengpässe in der Ü3-Betreuung ernst zu nehmen und frühzeitig zu beseitigen. Dazu hörte der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend Sachverständige an.

Das Problem sei in den Griff zu bekommen, zeigte sich Reiner Limbach von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW überzeugt. In der Regel zielten Ausbau und Planung darauf ab, dass Kinder bis zum Schuleintritt ihre Kindertageseinrichtung nicht verlassen müssten; das sei auch nicht wünschenswert. Im Antrag würden Einzelfälle aufgegriffen. Angesichts der strikten Bestimmungen des Förderrechts regte Limbach eine flexiblere Handhabung an. So sei etwa die Anpassung der Rahmenbedingungen für die Zukunft wünschenswert.

Die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus unterstrich Heinz-Josef Kessmann von der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Das Wohl des Kindes schließe sowohl die dauerhafte Überbelegung der Gruppen als auch die Kündigung von Plätzen durch den Träger aus. Es gehe nicht an, dass Eltern künftig keine Chance auf einen Kindergartenplatz hätten, wenn sie ihr Kind erst ab dem vollendeten dritten Lebensjahr anmelden. Land, Kommunen und Träger hätten die Aufgabe, weitere Plätze aus- und Übergangslösungen abzubauen.

Dr. Carola Schneider und Klaus-Heinrich Dreyer von den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe verwiesen als Sprecher der Landesjugendämter auf die Rechtslage, wonach in einzelnen mit Mitteln des „Ausbauprogramms U3“ geförderte Kitas freiwerdende Plätze mit neu aufzunehmenden U3-Kindern belegt werden müssten – auch wenn Kinder,

die inzwischen über drei Jahre alt seien, die Einrichtung verlassen müssten. Als Lösungsmöglichkeiten sahen sie eine vorübergehende Überbelegung, Anmietung benachbarter Gebäude und die Schaffung weiterer Kapazitäten für Ü3-Kinder.

UNKONVENTIONELLE WEGE

Die Stadt Bielefeld habe, so ihr Sprecher Tim Kähler, das Problem mit einer frühzeitigen konzentrierten und koordinierten Ausbauplanung in den Griff bekommen. Dabei habe man auch unkonventionelle Wege beschritten. So sei mit der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft eine Modul-Kita entwickelt worden: eine dreigruppige Einrichtung mit gemischten Gruppenformen. Pro Einrichtung seien jeweils 30 neue Betreuungsplätze für Ü3-Kinder geschaffen worden.

In Köln gehe man von ständig steigenden Kinderzahlen aus, mit denen der Ausbau Schritt halten werde, erklärte Dr. Agnes Klein, die fachlich zuständig Beigeordnete der Stadt. In relativ kurzer Frist habe sich die Zahl der U3-Plätze annähernd verfünffacht, „gleichzeitig ist die Zahl der Ü3-Plätze in den letzten Jahren nicht etwa gesunken, sondern konnte in einem ersten Schritt konstant gehalten werden, um sie nunmehr zu steigern“. Im Jahr 2013 seien in Köln 19 neue Kindertagesstätten realisiert worden, neun weitere Kitas würden aktuell angestrebt.

Von einer anderen Situation berichtete Axel Linke aus dem westfälischen Rheine. Dort hatte

man aufgrund einer unzureichenden Prognose die Zahl der U3-Plätze zulasten der Ü3-Kapazität erhöht. Gerade in ländlich strukturierten Räumen sei es schwierig, eine an den Bedarfen und Bedürfnissen der Familien orientierte Kitaplanung vorzunehmen. Dazu schwankten die Geburtenjahrgänge zahlenmäßig zu sehr. Das mache es schwer, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen U3- und Ü3-Plätzen zu erreichen.

Markus Quetting, Vorsitzender des Landeselternbeirats, plädierte dafür, dass Eltern ihre Entscheidungsfreiheit behalten und dass der Elternwille beachtet werden müsse. So seien Kündigung oder Befristung kein Mittel. Der Sprecher vermisste eine ganzheitliche Kitaplanung. Der U3-Ausbau durch viele Träger sei durch die Fördergelder beeinflusst, der Ü3-Ausbau dagegen vernachlässigt worden.

Die Tagespflege habe Angst, im Spannungsfeld zwischen U3- und Ü3-Betreuung „wegrationalisiert“ zu werden. Hinzu komme, dass sie von Jugendämtern oft nicht gern gesehen werde, klagte die Tagesmutter Barbara Lieske aus Leichlingen. Dabei sei der Erfolg der U3-Betreuung in den Kleingruppen der Tagespflege nachgewiesen. Die Plätze in den Kitas sollten nach ihrer Ansicht vor allem den Ü3-Kindern gehören.

Tilman Fuchs vom Kreisjugendamt Steinfurt fand, es sei nicht neu, wenn ein Platz in einer speziellen Einrichtung nicht vorhanden sei; Wartelisten habe es schon vor dem U3-Ausbau gegeben. Die jetzt auftretenden Probleme würden sich im Lauf der Zeit voraussichtlich reduzieren.

Jürgen Knepper



Aus den Fraktionen

Mehr Hilfen aus Berlin und Brüssel für Kommunen mit großer Zuwanderung

Derzeit leben in Nordrhein-Westfalen etwa 77.000 Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien. Darunter sind viele gut ausgebildete Fachkräfte. Seit 2011 kommen aber auch vermehrt Menschen aus diesen Ländern, die kaum oder gar nicht qualifiziert sind. Sie verlassen ihre Heimat aus wirtschaftlicher Not oder Diskriminierung und hoffen, in Deutschland eine bessere Zukunft zu finden.



Seit Anfang des Jahres genießen diese Menschen die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. „Die europäischen Freizügigkeitsrechte gehören zum Fundament unseres Wohlstandes. Sie funktionieren allerdings nur ohne Rosinenpickerei“, sagt Ibrahim Yetim (Foto), integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Düssel-

dorfer Landtag. „Der bulgarische Hilfsarbeiter hat dasselbe Recht, zu uns zu kommen, wie die rumänische Ärztin. Beiden müssen wir Angebote machen, um hier anzukommen. Klar ist aber, dass die Integration dieser Menschen den Kommunen viel abverlangt; besonders, wenn sie sich wie in Duisburg, Dortmund, Hamm oder anderen Städten in einigen wenigen Quartieren niederlassen.“

Die Landesregierung hat ein entsprechendes Handlungskonzept für niedrigschwellige Integrationsangebote, Gesundheitsprävention, Qualifizierungsmaßnahmen und Beratungsstrukturen für insgesamt 7,5 Millionen Euro bereitgestellt. Mit dem neuen Wohnungsaufsichtsgesetz stellt Nordrhein-Westfalen zudem

ein Instrument bereit, um die ausbeuterische Unterbringung in maroden und überbelegten Wohngebäuden zu unterbinden. „Dauerhaft werden wir die Probleme aber nicht ohne Hilfe aus Berlin und Brüssel lösen können“, stellt Ibrahim Yetim fest. „Dort wollte man diese Schwierigkeiten der Kommunen lange nicht sehen. Das scheint sich nun zu ändern: Der Bund hat angekündigt, die vorhandenen Städtebaumittel stärker für die von Armutszuwanderung betroffenen Kommunen zu öffnen.“



Thomas Bareiß besucht CDU-Landtagsfraktion

Auf Einladung des energiepolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Thomas Kufen (2. v. l.), diskutierte der Energiebeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Bareiß (l.), jetzt mit CDU-Abgeordneten und Vertretern der Wirtschafts- und Energiebranche, darunter auch des Landesverbands Erneuerbare Energien

und des Verbands Kommunaler Unternehmen, im Düsseldorfer Landtag. Dabei wurde über die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und das künftige Strommarktdesign diskutiert. Ein besonderes Augenmerk lag auch auf dem Beihilfverfahren der EU und den Ausnahmeregelungen für die energieintensive Industrie durch die EEG-Umlage.

Bareiß warb für mehr Markt bei der Energiewende und betonte die Dringlichkeit der EEG-Reform, da die EU von Deutschland schnelle Änderungen erwarte. Eine weitere Herausforderung sehe er auch beim dringend benötigten Netzausbau. Hier mahnten die Gesprächsteilnehmer einhellig die Notwendigkeit einer Synchronisierung von Ausbau der Netze und Ausbau

der erneuerbaren Energien an, um produzierten Strom auch dorthin leiten zu können, wo er benötigt wird. Auch die Eigenstromversorgung wurde mit Blick auf die Pläne des Bundesenergie Ministers kritisch hinterfragt.

Thomas Kufen äußerte sich am Ende zufrieden: „Wir stehen zum Berliner Koalitionsvertrag, und die Eckpunkte von Minister Gabriel bilden eine gute Diskussionsgrundlage. Frau Kraft darf sich bei den Verhandlungen über die Reform des EEG nicht vom grünen Koalitionspartner bremsen oder von anderen Ländern in die Ecke drängen lassen. Klartext ist jetzt wichtig!“





#berlinklausur: Wichtige Beschlüsse für 2014

An zwei Tagen hat sich die Grüne Fraktion zur Neujahrsklausur in Berlin getroffen und die politischen Weichen für 2014 gestellt. Unter anderem bestimmte die Fraktion ihre Haltung zum europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen, kurz TTIP. Die Grüne Fraktion NRW hat beschlossen, das Bürgerengagement gegen das derzeit verhandelte Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU zu unterstützen. Wir lehnen das so geplante Abkommen auf der Basis dieses Verhandlungsmandats ab. Die Begründung und unsere Sorge um die negativen Auswirkungen auf die EU, Deutschland und NRW sind ausführlich im Beschluss dargestellt: <http://gruene.fr/freihandelsabkommen>

Ein weiterer Fraktionsbeschluss legt den Fokus auf notwendige Hilfen für die Kommunen, insbesondere bei der Eingliederungshilfe.



Gäste der Debatte waren Britta Hasselmann, Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion, und Stefan Anton vom Deutschen Städtetag. Zu ausführlichen Gesprächen traf die Fraktion außerdem die Spitzen von Partei und Fraktion, die Grünen Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen sowie Hans-Christian Ströbele zu einem Austausch über Edward Snowden, die NSA und den Untersuchungsausschuss im Bundestag. Als exter-

ner Gast nahm Professor Anders Levermann vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung teil. Er stellte Herausforderungen der Klimapolitik vor, die später eine der Grundlagen für den Beschluss „Mit Klimaschutz und Erneuerbaren Energien zum Motor der Energiewende werden“ waren.



Wirtschaftspolitischer Kongress der FDP-Landtagsfraktion

Das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen hinkt im bundesweiten Vergleich hinterher. Wachstum, Produktivität, Einkommen und Steuerkraft sind schwächer als in den meisten anderen Bundesländern – das wirkt sich auf den Wohlstand der Menschen aus. Zukunfts- und Entwicklungschancen werden verbaut.



Was muss in NRW getan werden, um diese Wachstumsschwäche zu überwinden? Zu dieser Frage hat die FDP-Landtagsfraktion ein Gutachten beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln in Auftrag gegeben. Gemeinsam mit zahlreichen Experten und rund 200 Teilnehmern diskutierte die FDP bei einem wirtschaftspolitischen Kongress im Landtag die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des Gutachtens. „Die Wissenschaftler haben die Wachstumsschwäche akribisch analysiert. Mit dem Ergebnis: NRW hat erhebliche ungenutzte Potenziale. Es ist allerdings nicht der Wirtschaftsstruktur des Landes geschuldet, die das Wachstum bremst. Zu beobachten ist vielmehr eine geringere Produktivität in sämtlichen Sektoren der Wirtschaft“, erklärte Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion.

Der Direktor des IW Köln, Prof. Dr. Michael Hüther, erläuterte in seinem Vortrag die Kernaussagen des Gutachtens. Über die Zeit habe sich in NRW eine Investitionsschwäche, eine Technologieschwäche und eine Arbeitsplatzschwäche entwickelt. Um dieser Situation zu begegnen, schlagen die Wissenschaftler eine Investitionsoffensive, eine Innovationsoffensive und eine Beschäftigungsoffensive vor. In Diskussionsrunden mit den Wirtschaftsexperten der FDP-Landtagsfraktion, Dietmar Brockes und Ralph Bombis, lieferten Gesprächspartner aus Wissenschaft und Wirtschaft Impulse, wie es gelingen kann, in NRW neue Wachstumsimpulse zu generieren, und wie NRW wettbewerbsfähig bleiben kann.



Systemfehler? Selten geht es um das eigentliche Thema

Es sei ein „Affront“, hieß es im Landtag, er sei ein „Pöbel-Pirat“, titelten die Medien: Daniel Düngel (Foto) kritisierte den Parlamentarismus, wie er aktuell gelebt wird. In seinem Blogbeitrag nannte er zahlreiche Kritikpunkte, die bei den PIRATEN programmatisch hinterlegt sind.



Foto: Knipschild

Wir setzen uns für transparenten Parlamentarismus mit starken Abgeordneten ein. Wir wollen keinen Fraktions- oder Koalitionszwang. Wir wollen, dass alle Entscheidungen im Parlament öffentlich nachvollziehbar sind. Diese Forderungen äußern wir als Piratenfraktion seit unserem Einzug in den Landtag im Mai 2012. Aktuell sieht es aber anders aus: Die Türen bleiben zu. Der

Ältestenrat tagt nicht öffentlich. Viele Sitzungen werden nicht öffentlich protokolliert. Auch die Besprechungen zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern finden außerhalb der Öffentlichkeit statt. Sie sind weder transparent noch für den Bürger nachvollziehbar. Wir sind angetreten, diese „Hinterzimmer-Atmosphäre“ zu ändern. Wir haben bereits mehrfach gefordert, Sitzungen zu streamen, Protokolle anzufertigen und zu veröffentlichen. Bisher lehnten die anderen Fraktionen alle dieser Forderungen ab.

Wir werden uns weiter für eine starke Bürgerbeteiligung einsetzen. Wir wollen den Bürger in die Politik einbinden und ihm auch außer-

halb von Wahlen eine Mitsprachemöglichkeit geben. Aber: Nur ein informierter Bürger kann sich aktiv beteiligen!

Dies möchten wir weiter diskutieren – natürlich öffentlich. Wir haben Frau Landtagspräsidentin Gödecke zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion eingeladen. Gemeinsam mit weiteren Abgeordneten und den Bürgern wollen wir auf diesem Weg Lösungsansätze für den Systemfehler diskutieren. Nähere Infos zu der Veranstaltung folgen in Kürze.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



+++Meldungen+++

Datensicherheit – Informantenschutz

6. Februar 2014 – „Eine sichere Alternative zum Schweigen“ forderten im **Innenausschuss** (Vorsitz Daniel Sieveke, CDU) Sachverständige für Informanten. Wer Missstände in Behörden oder Unternehmen melden wolle, dürfe nicht um seinen Job bangen müssen. Die Fachleute plädierten für Vertrauensanwälte, die den Schutz der Anonymität gewährleisten. Ein IT-Sicherheitsexperte bewertete in derselben Anhörung die Datennetzwerke der Kommunen als angreifbar. Er mahnte eine häufig fehlende Basissicherheit an und riet zu Datensparsamkeit und -vermeidung: „Alles, was nicht gespeichert wird, muss auch nicht geschützt werden.“ Für ebenso wichtig hielt der Experte die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Viele kannten weder die Bedeutung noch die Risiken, die mit den von ihnen verwalteten Daten zusammenhängen.

Aus für freien Jugendstrafvollzug

12. Februar 2014 – Nach schwerwiegenden Regelverstößen hat Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) das im Dormagener Raphaelshaus laufende Modellprojekt zum freien Vollzug für straffähige Jugendliche gestoppt, erklärte er im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP). Ein Mitarbeiter soll Jugendlichen einen Bordellbesuch ermöglichen, sie in der Silvesternacht erst gegen vier Uhr morgens stark alkoholisiert zurückgebracht, ihnen Geld geliehen und sie mit seinem eigenen Mobiltelefon Privatgespräche geführt haben lassen. Ausschlaggebend für das Ende des Modellprojekts war für Kutschaty, dass es offenbar über einen längeren Zeitraum möglich gewesen sei, unbemerkt derart gravierend gegen Regeln des offenen Vollzugs zu verstoßen. Nun soll eine Evaluation abgewartet werden, um zu entscheiden, ob und wie es mit dem freien Vollzug weitergeht. Alle Fraktionen bekannten sich grundsätzlich zu dieser pädagogisch ausgerichteten Vollzugsform als große Chance für Jugendliche mit Erziehungslücken.

Selbst ist der Bürger

12. Februar 2014 – Über Bürgerprojekte im Kontext der Energiewende haben Fachleute im **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** (Vorsitz Georg Fortmeier, SPD) beraten. Ein Sprecher des Bundes für Umwelt und Naturschutz betonte, wie wichtig die breite Akzeptanz für den Erfolg der Energiewende sei. Diese lasse sich durch die Beteiligung der

Bürgerinnen und Bürger steigern. In Steinfurt beispielsweise würden die Menschen vor Ort ab diesem Jahr direkt am kommunalen Stadtwerk beteiligt: „Es ist ein unglaublich spannendes Moment, mit den Bürgern zu diskutieren“, erläuterte der Geschäftsführer Rolf Echelmeyer den



Abgeordneten. Robert Werner von der Strategieberatung Hamburg Institut wies zudem auf große Effizienzpotenziale im Wärmebereich hin. Auch hier müsse es gelingen, die Bürgerinnen und Bürger über Genossenschaften zu beteiligen. Eines der Vorreiterländer sei Dänemark mit daraus resultierenden sehr stabilen Wärmepreisen, so Werner: „Preisstabilität ist das, was die Menschen von der Energiewende erwarten.“ Zentrale Hemmnisse für Bürgerprojekte sah eine Sprecherin der Energieagentur NRW neben mangelndem Know-how auch in fehlendem Risikokapital etwa für Vorstudien. Sie regte daher an, über eine spezielle Förderung nachzudenken.

Zehn Anklagen nach Loveparade-Katastrophe

12. Februar 2014 – Dreieinhalb Jahre nach der Massenpanik bei der Loveparade im Sommer 2010 hat die Staatsanwaltschaft nun ihre Ermittlungen abgeschlossen und Anklage gegen zehn Personen erhoben. Justizminister Kutschaty (SPD) erläuterte dem **Rechtsausschuss**

(Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP), was den einzelnen Beschuldigten zur Last gelegt werde. Vier Beschäftigten der Veranstaltungsfirma Lopavent werde fahrlässige Tötung beziehungsweise Körperverletzung vorgeworfen, weil sie laut Staatsanwaltschaft hätten erkennen müssen, dass die geplanten Zu- und Abgänge für die Menschenmassen zu eng sein würden. Des Weiteren hätten drei Mitarbeiter der städtischen Baubehörde in Duisburg Planungsfehler seitens Lopavent erkennen müssen, so die Argumentation der Staatsanwaltschaft. Strafbar gemacht hätten sie sich, weil sie eine offensichtlich rechtswidrige Genehmigung für die Großveranstaltung trotzdem erteilt hätten. Drei weitere Beschäftigte der Duisburger Stadtverwaltung seien angeklagt, weil sie das Genehmigungsverfahren nicht ordnungsgemäß überwacht hätten. Peter Biesenbach (CDU) bat um eine Erklärung seitens der Ermittlungsbehörden, warum gegen die Polizei keine Anklage erhoben worden sei.

Stauland NRW

13. Februar 2014 – Im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde im **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Dieter Hilsler, SPD) kritisierte die CDU-Fraktion ein aus ihrer Sicht offenkundiges Versagen der Landesregierung beim Baustellenmanagement. Bernhard Schemmer (CDU) sprach von „Baustellen mit irren Konsequenzen“ und nannte als Beispiel das Kreuz Kaarst. Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) stellte in Aussicht: „Wir müssen uns darauf einstellen, dass NRW in den nächsten zehn bis 20 Jahren ein Stauland bleibt.“ Es gebe einfach großen Sanierungsbedarf der Infrastruktur, und die Landesregierung setze auf den Erhalt von Infrastruktur anstelle von Neubau. Das Management der Baustelle am Kaarster Kreuz verteidigte er als „Klasse“: Statt zunächst geplanter vier Jahre würden nun nur zwei Jahre Bauzeit gebraucht – bis Ende des nächsten Jahres. Groschek kündigte ein neues Kommunikationskonzept des Landesbetriebs Straßen NRW an, um die vom Stau Betroffenen noch besser zu informieren. Er fügte aber hinzu: „Ich glaube nicht, dass wir so gut werden wie die DB.“ Es müsse gelingen, Leerlauf an der Kaarster Baustelle, also Zeiten, in denen nicht gearbeitet werde, zu verringern, forderte Wilhelm Hausmann (CDU). Dietmar Brockes (FDP) verlangte zudem eine bessere Beschilderung in der Baustelle.



Portrait: Christian Möbius (CDU)



Ein Rheinländer mit preußischen Tugenden? Für Christian Möbius ist das kein Widerspruch! „Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit“ sind Eigenschaften, die der Christdemokrat besonders in seiner Funktion als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses des NRW-Landtags praktiziert. „Ich will Dinge zu 100 Prozent gut erledigen“, erklärt der Kölner sein Verständnis von der Aufgabe, den „wichtigsten Ausschuss im Landtag“ zu leiten. „Ich behandle alle Fraktionen absolut gleich“, erläutert der Ausschuss-Chef seine Aufgabe als unabhängiger Moderator mit politischem Fingerspitzengefühl. Fachwissen auch in Detailfragen und eine von Durchsetzungskraft geprägte Diskussionsleitung bringt der Christdemokrat als ausgebildeter Jurist mit, attestieren ihm Parlamentskollegen.

Die Arbeit im Gremium bilde den „Querschnitt aller Politikbereiche“ ab, befindet der 47-Jährige – und will die Einschätzung nicht als vordergründige Betrachtung gewertet wissen, dass Geld ohnehin die eigentliche Gestaltungskraft in der Gesellschaft sei. Mit Blick auf die Generationengerechtigkeit greift er die Verschuldungsproblematik auf, um das eigentliche Dilemma zu skizzieren: „Es geht irgendwann nicht mehr weiter“, zeigt er das drohende Gespenst der Staatspleite auf, um zu betonen, dass die daraus resultierenden Verwerfungen besonders sozial Schwache treffen. „Die Starken können sich durchsetzen. Die finden Wege“, weitet der Christdemokrat Aspekte der Finanzpolitik auf die soziale Frage aus.

Das politische Bekenntnis setzt der Landtagsabgeordnete seit langem bei seinem praktischen ehrenamtlichen Engagement um: Als Vorstandsvorsitzender der Drogenhilfe Köln hat er konkret erfahren, was es bedeutet, dass ein Teil seiner Klientel „in der Gosse lebt und dringend Hilfe braucht“. Die Menschen benötigten „eine Anleitung, um von der Sucht los zu kommen“. Diese Unterstützung sei mit der Einhaltung ganz klarer Regeln verbunden, erläutert Möbius. Verantwortung für etwa 150 Mitarbeiter der Drogenhilfe verlange eine „sehr intensive Arbeit“, die in Köln partei-übergreifend im Konsens bewältigt werde.

Gegen den ausgeprägten gesellschaftlichen Strom schwimmt Möbius schon seit dem Start in seine politische Karriere, als er sich gegen den Nato-Doppelbeschluss wendet. Er schlüpfte damals in den 80er-Jahren in eine gewisse Einzelkämpferrolle, die er bis heute ausfüllt – und damit seinen Grundsätzen treu bleibt. Da hat er als junger Christdemokrat „fast isoliert Gegenpositionen vertreten“ – und wohl auch gelernt, dass es richtig sein kann, sich gegen Mehrheitsmeinungen zu behaupten.

Das bedeutet im Umkehrschluss keineswegs, dass er isoliert oder gar basisfern vorgeht: „Kontakte im Wahlkreis sind das A und O. Die sind extrem wichtig“, beschreibt Möbius einen permanenten Austauschprozess mit den Bürgern. Ergebnis: 2005 hat er erstmals in dem „für die CDU nicht gerade einfachen Wahlkreis“ in Köln das Direktmandat gewonnen. Den Sieg wiederholte er fünf Jahre später, aber beim Negativtrend 2012 reichte es nicht: Als 43. auf der CDU-Reserveliste zog er aber als letzter Christdemokrat wieder in den Landtag ein. Als bisher größten politischen Erfolg wertet Möbius seinen Beitrag für den politischen Kurswechsel, den das Bündnis von CDU und FDP von 2005 bis 2010 geschafft habe. Besonders die Absenkung der Neuverschuldung sei ein Erfolg gewesen, glaubt der Haushaltspolitiker. „Es reicht mir, wenn ich an der einen oder anderen Stelle einflussreich bin“, will er die Machtfrage nicht überbewerten.

Das Mandat hat für ihn höchste Priorität: „An Plenartagen nehme ich keine Termine an“, berichtet der 47-Jährige. Dann ist er von den Fesseln des Ausschussvorsitzes befreit und kann seine Kenntnisse und Fähigkeiten als Fachpolitiker in die Debatten einbringen, Freude an der politischen Kontroverse im Diskurs erleben. Orientierung und Leitlinie seines Handelns ist die Idee des geeinten Europas mit einem „Leben in Frieden und Freiheit“, als dessen Wegbereiter der Kölner die großen Christdemokraten Konrad Adenauer und Helmut Kohl sieht. Diese Errungenschaften, die für Wohlstand in Deutschland gesorgt hätten, werden aus seiner Sicht inzwischen „zu wenig wertgeschätzt“ und als „zu selbstverständlich“ erachtet.

Natürlich ist der Kölner ein begeisterter Karnevalist, der besonders die Vielfalt des närrischen Treibens hervorhebt. Da sind die Besuche von 26 Sitzungen in der vergangenen Session keine Pflichttermine gewesen – und herrscht bereits Vorfriede darauf, beim Sonntagszug in Longe rich wieder dabei zu sein.

Früher war Möbius leidenschaftlicher Handballspieler, jetzt ist er engagierter Skifahrer. „Das Leben ist nicht ohne Risiko“, kommentiert der 47-Jährige die aktuell prominente Liste der Verletzten dieser Sportart. Ein gewisser Mut zum überschaubaren Wagnis ist also selbst einem soliden Finanzpolitiker und (nur nebenbei tätigen) Juristen nicht fremd.

Robert Vornholt

Verfassungskommission legt Fahrplan vor

10. Februar 2014 – Die Verfassungskommission des Landtags NRW hat ihr Arbeitsprogramm für die nächsten zwei Jahre festgelegt. Die Mitglieder werden insgesamt vier Komplexe bearbeiten: Parlamentarismus und Landesregierung, Partizipation, Schuldenbremse sowie Kommunen und Verfassungsgerichtshof. Sie bilden die Halbjahresschwerpunkte, zu denen jeweils eine Anhörung von Sachverständigen geplant ist. Landtagspräsidentin Carina Gödecke betonte ebenso wie der Kommissionsvorsitzende Prof. Dr. Rainer Bovermann die Querverbindung zu der Arbeitsgruppe „Novellierung der Geschäftsordnung und Stärkung des Parlamentarismus“. In einem dort im vergangenen Jahr vorgelegten Gutachten regt der Wissenschaftler Werner Reutter an, die Fraktionen und Ausschüsse verfassungsmäßig zu verankern sowie die Ministerklage und die Vorgabe, dass die Ministerpräsidentin beziehungsweise der Ministerpräsident Mitglied des Landtags sein müssen, aus der Verfassung zu streichen. Diese Vorschläge würden nun in die Arbeit der Verfassungskommission einfließen, so Gödecke. Nächster Sitzungstermin ist Montag, 7. April. Dann hört die Kommission Fachleute zum ersten Themenkomplex Parlamentarismus und Landesregierung an. *bra*

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, stv. Chefredakteurin), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Nicolaus Kern (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer & Axel Birkenkämper (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Druckservice Duisburg
Medienfabrik GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

Geburtstage

19. Februar bis 25. März 2014

21.2. Kieninger, Gerda (SPD)	63
22.2. Beer, Sigrid (GRÜNE)	58
22.2. Fricke, Stefan (PIRATEN)	52
24.2. van den Berg, Guido (SPD)	39
28.2. Seel, Rolf (CDU)	61
28.2. Maelzer, Dennis (SPD)	34
1.3. Löhrmann, Sylvia (GRÜNE) **	57
2.3. Paul, Josefine (GRÜNE)	32
6.3. Kaiser, Klaus (CDU)	57
6.3. Stein, Robert (fraktionslos)	35
8.3. Hafke, Marcel (FDP)	32
9.3. Höne, Henning (FDP)	27
10.3. Hammelrath, Gabriele (SPD)	61
10.3. Philipp, Sarah (SPD)	31
11.3. Herrmann, Frank (PIRATEN)	53
14.3. Voßeler, Margret (CDU)	57
14.3. Yetim, Ibrahim (SPD)	49
14.3. Schneider, Susanne (FDP)	47
15.3. Tenhumberg, Bernhard (CDU)	58
15.3. Watermann-Krass, Annette (SPD)	57
16.3. Römer, Norbert (SPD)	67
17.3. Schlömer, Dirk (SPD)	49
17.3. Kamieth, Jens (CDU)	45
17.3. Düngel, Daniel (PIRATEN)	38
21.3. Dr. Bergmann, Günther (CDU)	49
22.3. Schäfer, Ute (SPD)	60
22.3. Gebhard, Heike (SPD)	60
25.3. Jäger, Ralf (SPD)	53
25.3. Witzel, Ralf (FDP)	42
25.3. Kämmerling, Stefan (SPD)	38

** Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

14.3. Krauskopf, Annegret (SPD)	70
---------------------------------	----

Verstorben

- 2.1. Marie-Luise Morawietz (SPD),
MdL 1985 bis 1995
- 3.1. Hans Litterscheid (CDU),
MdL 1975 bis 1980 und 1985 bis 1990

Treffen & Termine

- 29.1. bis 6.3. Ausstellung „Der Aachener Dom“
- 10.3. Veranstaltung anlässlich des Internationalen Weltfrauentags
- 13.3. Sprechstunde des Petitionsausschusses,
Rathaus Bottrop, Anmeldung: (0211) 884-4333
- 24.3. Girls' Day im Landtag

Landtagsandacht

Wie in jeder Plenarwoche haben Dr. Thomas Weckelmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, und Dr. Burkhard Kämper, kommissarischer Leiter des Katholischen Büros, vor Beginn der Plenarsitzung am Donnerstag, 20. Februar 2014, zum Parlamentsfrühstück und zur anschließenden Landtagsandacht im Raum der Stille eingeladen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Ein Dom im Landtag ...

... ist für Besucherinnen und Besucher noch bis zum 6. März 2014 zu bestaunen und teils zu begehen. Im Rahmen der Ausstellung „Der Aachener Dom“ in der Wandelhalle des Parlamentsgebäudes lassen sich 3,50 Meter hohe, dem achteckigen Turm nachempfundene offene Kuben begehen, in denen Details des Aachener Doms veranschaulicht und erläutert werden. Auch wie die Glocken des imposanten Bauwerks klingen, erfahren Interessierte nicht nur in Aachen, sondern derzeit auch in Düsseldorf. Wer die Ausstellung besuchen möchte, wird um Anmeldung gebeten: per Telefon unter (0211) 884-2129 oder per E-Mail an veranstaltungen@landtag.nrw.de.

Foto: Schälte